

Linkspartei:

Wieder mehr Etatismus wagen?

von [systemcrash](#) und [TaP](#)

Seitdem Bernd Riexinger und Katja Kipping gemeinsam Ko-Vorsitzende der Linkspartei sind, hat(te) diese Partei eine gewisse Öffnung zu sozialen Bewegungen / gesellschaftlichen Kämpfen vollzogen – oder anders gesagt: Einen Teil ihres – teils sozialdemokratische, teils noch stalinistisch geprägten – Etatismus abgelegt. Bernd Riexinger selbst drückte es kürzlich so aus:

„Katja Kipping und ich [arbeiten] seit 2012 an einer erneuerten Parteikultur und einer veränderten Strategie der LINKEN als ‚verbindende Partei‘ (vgl. Kipping/Riexinger 2015). Dahinter steht die Einsicht, dass eine Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft die Grundlage dafür ist, die politischen Kräfteverhältnisse im Staat verschieben und die ›Regierungsfrage‹ überhaupt stellen zu können.“

(<http://www.zeitschrift-luxemburg.de/ein-unmoralisches-angebot-die-linke-als-partei-gewerkschaftlicher-erneuerung/>)

Im nächsten Jahr steht die nächste Bundestagswahl an; und demgemäß rückt – im Rahmen der herrschenden Logik – der Staat bzw. die „Regierungsfrage“ wieder gegenüber der „Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft“ in den Vordergrund. Ganz in diesem Sinne sagte Sahra Wagenknecht, Ko-Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Bundestag, kürzlich im *FAZ*-Interview:

„Natürlich wünsche ich mir eine andere Regierung, die den Sozialstaat wiederherstellt und eine friedliche Außenpolitik betreibt.“ „Wir haben in bestimmten Stadtvierteln längst Parallelwelten, aus denen sich der Staat mehr und mehr zurückgezogen hat und wo jetzt radikale Islamisten versuchen, die Freiräume zu besetzen. Diese Entwicklung verunsichert die Menschen. [...] Den Abbau von Polizeistellen haben wir schon immer kritisiert. Wir sind nicht die Partei des schwachen Staates, sondern wollen einen Staat, der so gut ausgestattet ist, dass er seine Aufgaben erfüllen kann. Dazu gehört die Gewährleistung der Sicherheit seiner Bürger, übrigens auch der sozialen Sicherheit.“

(http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/sahra-wagenknecht-die-linke-ist-nicht-die-partei-des-schwachen-staates-14451342.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2)

Auch wenn nicht alle in der Linkspartei für ‚*Mehr Arbeitsplätze – bei der Polizei sind*‘, sind doch der „Sozialstaat“ oder die „soziale Gerechtigkeit“ oder die „Verteilungsgerechtigkeit“ Gäule, die alle (fast) alle in der Linkspartei gerne reiten. Der Bundesgeschäftsführer der Linkspartei, Mathias Höhn, drückte es kürzlich so: „Die Verteilungsfrage gehört ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung.“¹ Ihm pflichteten Joachim Bischoff und Björn Radke von den [Sozialistischen Studiengruppen](#) (SOST) bei.²

1 <https://www.dropbox.com/s/klgpopt0q0puybs/0912%20Ansatz%20Wahlstrategie%20DIE%20LINKE%20-%20MH.pdf?dl=0>, S. 5.

2 http://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/die-linke-neuausrichtung-der-politik/.

Auch diverse Mitglieder des trotzkistischen [Marx21](#)-Netzwerkes und andere Linkspartei-FunktionärInnen, die alles anderes *amused* von dem Ansinnen von Sahra Wageknecht und ihres Mit-Fraktionsvorsitzenden Dietmar Bartsch waren, die SpitzenkandidatInnen-Plätze der Linkspartei für die Bundestageswahl 2017 allein für sich zu okkupieren („Team Sahra“³), postulierten: „Dem Rassismus und den AfD-Erfolgen den Nährboden zu entziehen heißt, die soziale Frage und die Verteilungsfrage im Wahlkampf in den Mittelpunkt zu stellen und gleichzeitig der rassistischen Agitation scharf und laut zu begegnen.“⁴

Eine gewisser Karl Marx schrieb dagegen: *Die Produktion bestimmt die Verteilung*⁵.

Nun ist „Marx“ auch nur ein *Name* – was könnte also ein *Argument* für das Primat der Produktion gegenüber der Verteilung sein? Die konservativen und neoliberalen AntipodInnen des Sozialreformismus pflegen – durchaus nicht verkehrt – zu sagen: ‚Verteilt und gegessen kann nur werden, was vorher produziert wurde.‘ (siehe Anhang 1 [S. 24])

Karl Marx formulierte sein Argument etwas komplexer (s. Anhang 2 [S. 24]); er gestand eine *Wechselwirkung* zu. Zwar sei zutreffend, dass die Distribution – verstanden als Verteilung der Produkte – nicht das bestimmende Element sein könne. (In der Tat kann nur verteilt werden, was vorhanden [produziert – im Grenzfall: gefördert/abgebaut bzw. gesammelt] ist, aber nicht das, was bloß eingebildet ist.)

Aber Verteilung im weiten Sinne – im Sinne der (geographisch oder durch Bevölkerungswachstum oder -schrumpfung bestimmten) Größe des Marktes, im Sinne der Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land etc. –, und sogar Konsumbedürfnisse können die Produktion beeinflussen (der/die kluge KapitalistIn lässt produzieren, was kein Ladenhüter ist, sondern nachgefragt wird).

Der fundamentale Einfluss der – im weiten Sinne verstandenen – „Distribution“ auf die Produktion ist freilich die „Distribution der Produktionsagenten“, *vulgo*: die schnöde Klassenspaltung: Die einen besitzen eine kleine GmbH, einen kleinen Krämerladen oder 20 % von BMW; die anderen besitzen vielleicht auch drei Aktien von BMW aber stehen im Krämerladen hinter der Ladentheke; sitzen bei BMW nicht in Vorstand und Aufsichtsrat, sondern schrauben die Autos und Motorräder zusammen oder produzieren in der gerade erwähnten kleinen GmbH die Polstersitze für BMW oder auch VW.

Eine Gesellschaft, in der einige wenige sehr viele Produktionsmittel besitzen und die allermeisten gar keine oder sehr wenige (einen 0,001 % Aktienanteil an BMW), ist eine ganz

3 Vgl. <http://www.trend.infopartisan.net/trd1016/t421016.html> und <http://www.trend.infopartisan.net/trd1016/t341016.html>.

4 http://www.neues-deutschland.de/downloads/2016_Anforderungen_an_Spitzenkandidatur_Final.pdf.

5 „Eine bestimmte Produktion bestimmt also bestimmte Konsumtion, Distribution, Austausch“ ([MEW 13](#), 631 = [42](#), 34 – *Einleitung zur Kritik der Pol. Ökonomie* [1857]).

andere Gesellschaft als eine, in der alle (individuell) – wenn auch wenige – Produktionsmittel oder alle (kollektiv) alle Produktionsmittel gemeinsam besitzen.

Diejenigen, die Produktionsmittel besitzen und daran *andere* arbeiten lassen, bekommen im Kapitalismus nicht nur den Wert ihrer *eigenen* Arbeitskraft raus, sondern auch das, was diejenigen, die an den Produktionsmitteln der Ersteren arbeiten über ihren eigenen Konsum (Lohn) *hinaus* produzieren – den berühmten Mehrwert. Die Letzteren bekommen nur das heraus, was – auf einem bestimmten historisch-kulturellen Niveau⁶ – notwendig ist, um die Arbeitskraft zu erhalten, d.h.: was dafür notwendig ist, dass sie nicht wie die Fliegen wegsterben, sondern am nächsten Tag am Arbeitsplatz wieder erscheinen.

Nun sind – jedenfalls in Westeuropa und Nordamerika – die Zeiten, in denen dem Kapital die Arbeitskräfte wie die Fliegen wegstarben, lange vorbei; das den Arbeitskräften zugestandene – oder von ihnen erkämpfte – historisch-kulturelle Niveau des Überlebens hat sich deutlich erhöht.

Deshalb meinten SozialdemokratInnen – angefangen mindestens mit Ferdinand Lassalle – schon immer: *Auf die Verteilung (im engen Sinne) kommt es an!*

Dies ist auch die Idee des Linkspartei-Geschäftsführers Mathias Höhn: Warum über den Kapitalismus reden, wenn wir doch einfach die Gewinne und Vermögen besteuern können?!

„jede soziale Reformpolitik hat zur Voraussetzung, dass Vermögende, Kapitaleigentümer und Superreiche viel stärker steuerlich herangezogen werden. Dadurch entstehen die Spielräume für soziale Politik, Armutsbekämpfung und öffentliche Investitionen.“

Hört sich schlüssig an. *Aber stimmt es auch?*

„Soziale“ Politik, die den Kapitalismus nicht abschaffen will (bzw. kann), hat in der Tat zur Voraussetzung, „Vermögende, Kapitaleigentümer und Superreiche viel stärker steuerlich“ heranzuziehen. Aber geht es auch? Vor allem: Geht es auch *in beliebiger Höhe*? (Denn in *gewisser* Höhe findet es ja ohnehin statt.)

War es ein politischer ‚Fehler‘, gar ein Abkommen vom Pfad der Tugend der „Gerechtigkeit“, daß – in den 1980er und 1990er Jahren – vom fordistischen „Sozialstaat“ zum post-

⁶ „Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel [...]. Die natürlichen Bedürfnisse selbst, wie Nahrung, Kleidung, Heizung, Wohnung usw., sind verschieden je nach den klimatischen und andren natürlichen Eigentümlichkeiten eines Landes. Andererseits ist der Umfang sog. notwendiger Bedürfnisse, wie die Art ihrer Befriedigung, selbst ein historisches Produkt und hängt daher größtenteils von der Kulturstufe eines Landes, unter andrem auch wesentlich davon ab, unter welchen Bedingungen, und daher mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat. Im Gegensatz zu den andren Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element.“ ([MEW 23](#), 185 = [MEGA II.5, S. 123](#), Zeile 3 - 124, Zeile 7)

fordistischen Neoliberalismus übergegangen wurde? Können wir uns einfach an den Wahlurnen – mit Nachhilfe von ein paar [Blockupy](#)-Demonstrationen – den „Sozialstaat“ zurückerwählen?

Da wir keine Geschichts deterministInnen sind, wollen und können wir *nicht ausschließen*, daß ein neuer Klassenkompromiss, der – anders als der *jetzige*, neoliberale – **nicht** in der weitgehenden Kapitulation der Lohnabhängigen besteht, möglich ist.

In den 1980er Jahren war das sozialreformerische Gegenmodell zum neoliberalen ‚Modell Thatcher‘ das ‚Modell Mitterrand‘; in den letzten Jahren war das sozialreformerische – wenn auch schon deutlich weniger ambitionierte (als das ‚Modell Mitterrand‘) – Gegenmodell zum neoliberalen ‚Modell Schäuble‘ das ‚Modell Tsipras‘.

Anders als das Scheitern des ‚Modells Mitterrand‘, das zum Aufstieg der Front National führte, führte das Scheitern des ‚Modells Tsipras‘ im vergangenen Sommer immerhin (bisher) nicht zum weiteren Aufstieg der Goldenen Morgenröte.

Trotzdem sehen wir bisher keinen neuen, hypothetischen nicht-neoliberalen Klassenkompromiss am Horizont, der funktionieren könnte – ganz abgesehen davon, dass wir den Kapitalismus ohnehin lieber abschaffen, als etwas ‚verschönern‘ wollen würden.

Insofern mögen mit den Parteinamen Front National und Goldene Morgenröte die Stichworte gefallen sein, die ermöglichen, vom Grundsätzlichen zur Tagespolitik und vom Globalen zu den heutigen Verhältnissen in Deutschland und dem Ärgernis AfD überzugehen.

Auf der Linkspartei-nahen Webseite [sozialismus.de](#) schrieben die Autoren Joachim Bischoff und Björn Radke dieser Tage (22.09.2016): „Die AfD wird für viele BürgerInnen, die sich von der politischen Willensbildung verabschiedet hatten, als Alternative auf die unakzeptable soziale Spaltung wahrgenommen und unterstützt.“⁷ „49% der AfD-Wähler wählten die AfD aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit“, wird Georg Gysi (der seinerseits sicherlich auch nur eine Umfrage referiert) von Bischoff/Radke zustimmend wiedergegeben.

Mal abgesehen davon, dass der Begriff „Gerechtigkeit“ als Gegenströmung zur „sozialen Spaltung“ einen großen Interpretationsspielraum hat⁸ (die einen finden „ungerecht“, daß Menschen im Mittelmeer ertrinken; die anderen finden „ungerecht“, daß es Menschen gibt, die sich nicht in ihr „Schicksal“ fügen und nicht da bleiben wollen, wo sie geboren wurden),

7 http://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/die-linke-neuausrichtung-der-politik/.

8 „Was ist ‚gerechte‘ Verteilung? Behaupten die Bourgeois nicht, daß die heutige Verteilung ‚gerecht‘ ist? Und ist sie in der Tat nicht die einzige ‚gerechte‘ Verteilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise? Werden die ökonomischen Verhältnisse durch Rechtsbegriffe geregelt, oder entspringen nicht umgekehrt die Rechtsverhältnisse aus den ökonomischen? Haben nicht auch die sozialistischen Sektierer die verschiedensten Vorstellungen über ‚gerechte‘ Verteilung?“ ([MEW 19](#), 18)

ist auch insgesamt das Programm der AfD eher als „neoliberal“ (sogar in verschärfter Form) einzuschätzen.

Die WählerInnen sind auch nicht zu dumm⁹ oder zu uninformiert, dies zu erkennen: Zwar benannten im Frühjahr bei Wahltagsbefragungen bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt 37 bis 42 Prozent der AfD-WählerInnen „soziale Gerechtigkeit“ als wichtiges Thema für die jeweilige Wahl, aber den WählerInnen der *anderen* Parteien war dieses Thema *noch wichtiger* als AfD-WählerInnen, während den AfD-WählerInnen wiederum Themen besonders wichtig waren, die den WählerInnen der anderen Parteien nicht ganz so wichtig waren:

| | AfD-WählerInnen | | | Durchschnitt aller WählerInnen | | | Abweichung | | |
|-------------------------|-----------------|---------|------|--------------------------------|---------|------|------------|---------|------|
| | Sa.-Anh. | Rh.-Pf. | BaWü | Sa.-Anh. | Rh.-Pf. | BaWü | Sa.-Anh. | Rh.-Pf. | BaWü |
| Flüchtlinge | 56 % | 65 % | 69 % | 26 % | 29 % | 31 % | + 30 | + 36 | + 38 |
| soziale Gerechtigkeit | 42 % | 39 % | 37 % | 46 % | 45 % | 41 % | - 4 | - 6 | - 4 |
| Innere Sicherheit | 28 % | 33 % | 32 % | 18 % | 20 % | 17 % | + 10 | + 13 | + 15 |
| Wirtschaft / Arbeit | 26 % | 26 % | 21 % | 39 % | 38 % | 37 % | - 13 | - 12 | - 16 |
| Schule / Bildung | 17 % | 15 % | 15 % | 22 % | 26 % | 25 % | - 5 | - 11 | - 10 |
| Umwelt / Energie | 4 % | 6 % | 8 % | 10 % | 15 % | 22 % | - 6 | - 9 | - 14 |
| Verkehr / Infrastruktur | 4 % | 5 % | 6 % | 5 % | 9,4 % | 8 % | - 1 | - 4,4 | - 2 |

Quellen + eigene Berechnung der Abweichungen:

Sachsen-Anhalt: http://forum-dl21.de/wp-content/uploads/2016/03/160314_Analyse_Sachsen-Anhalt_FINAL.pdf, S. 23

BaWü: http://forum-dl21.de/wp-content/uploads/2016/03/160314-Analyse_BadenW%C3%Bcrtemberg_FINAL.pdf, unpaginiert (S. 21)

Rh.-Pf.: http://forum-dl21.de/wp-content/uploads/2016/03/160314_SPD_Analyse_Rheinland-Pfalz_FINAL.pdf, S. 23

Die entsprechenden Zahlen für Mecklenburg-Vorpommern und Berlin lauten:

| | AfD-WählerInnen | | Durchschnitt aller WählerInnen | | Abweichung | |
|-------------------------|-----------------|--------|--------------------------------|--------|------------|--------|
| | MV | Berlin | MV | Berlin | MV | Berlin |
| Flüchtlinge | 54 | 68 | 20 | 25 | + 34 | + 43 |
| soziale Gerechtigkeit | 48 | 32 | 53 | 51 | - 5 | - 19 |
| Innere Sicherheit | 26 | 42 | 17 | 19 | + 9 | + 23 |
| Wirtschaft / Arbeit | 26 | 17 | 44 | 31 | - 18 | - 14 |
| Schule / Bildung | 14 | 14 | 23 | 25 | - 9 | - 11 |
| Umwelt / Energie | 3 | 2 | 9 | 14 | - 6 | - 12 |
| Mieten/Wohnungsbau | k. A. | 13 | k. A. | 18 | ? | - 5 |
| Verkehr / Infrastruktur | 2 | 3 | 3 | 7 | - 1 | - 4 |

Quellen + eigene Berechnung der Abweichungen:

Mecklenburg-Vorpommern: http://forum-dl21.de/wp-content/uploads/2016/09/SPD_Schnellanalyse_LTW_-Mecklenburg_Vorpommern.pdf, S. 25

Berlin: http://forum-dl21.de/wp-content/uploads/2016/09/SPD_Schnellanalyse_AGH_Berlin_2016.pdf, S. 29

⁹ „Zu untersuchen wären die Verbindungen [der AfD] zu binnenmarktorientierten Kapitalfraktionen, die vornehmlich im ‚Mittelstand‘ zu finden sein dürften, deren Bedeutung jedoch nicht geklärt ist. Das bisherige Wirtschaftsprogramm der AfD ist rechtslibertär, dennoch haben 28 (Rheinland-Pfalz) bis 38 Prozent (Sachsen-Anhalt) der Arbeitslosen jene Partei gewählt, die das Arbeitslosengeld per Privatisierung abschaffen will. *Man sollte nicht in Ständesdünkel verfallen und alle diese Leute zu Dummköpfen erklären*, vielmehr sind den meisten ihre Ressentiments offenbar wichtiger als ihre sozialen Interessen.“ (<http://jungle-world.com/jungleblog/3671/> – unsere Hv.)

In Berlin war unter den AfD-WählerInnen der Anteil derjenigen, für die „soziale Gerechtigkeit“ ein wichtiges Thema für die Wahl war, um fast 20 Prozentpunkte *geringer* als unter *allen* WählerInnen (32 % ggü. ca. 52 %); in Bezug auf die Flüchtlingspolitik war der Anteil dagegen fast dreimal so hoch (68 % ggü. knapp 25 %).

Auffällig ist im übrigen, dass bei allen genannten Landtagswahlen – außer Berlin – der Unterschied zwischen AfD-WählerInnen und dem Durchschnitt aller WählerInnen in Bezug auf das Thema „Wirtschaft/Arbeit“ noch deutlich *größer* als in Bezug auf das Thema „soziale Gerechtigkeit“ war. Auch dies scheint uns darauf hinzudeuten, dass AfD-WählerInnen an „Gerechtigkeit“ im ökonomischen Sinne kein großes Interesse haben; dass aber viele von ihnen ihre Haltung gegenüber Zuwanderung mit *ihrem* Begriff von „Gerechtigkeit“ durchaus gut vereinbaren können.

Der Grund für die Wahlerfolge der AfD liegt also nicht in irgendeinem Streben nach „sozialer Gerechtigkeit“, sondern eher in der Ablehnung der Flüchtlingspolitik der Merkel-Regierung und einem starken islamophoben Ressentiment. Von daher erscheint es uns auch falsch – oder zumindest zu kurz gedacht –, wenn geglaubt wird, der Rechtstrend ließe sich allein über ‚soziale Forderungen‘ aufhalten (eine Position, die gern vom ‚linken Umfeld‘ der Linkspartei vertreten wird). Vielmehr scheinen die WählerInnen der AfD eher von ‚kulturellen‘ und ‚identitären‘ Fragen umtrieben zu sein, und viel weniger wird die ‚materielle Situation‘ problematisiert. Von daher müssten „Linke“ auch zu diesen Fragen eine klare antirassistische Alternative – sowohl zur identitären Linie der AfD als auch der etwas flexibleren Linie von Merkel – formulieren können¹⁰, was weder in der Linkspartei noch in der übrigen (radikalen) Linken wirklich gegeben ist; bzw., *wenn* es sie allerdings gibt, dann fehlen zumindest wirksame Strategien, um die Massen für diese Alternativen zu gewinnen.¹¹

Auch in der Frage der Abwehr der Rechtsentwicklung ist das in den Mittelpunkt stellen der Verteilungsfrage also viel zu kurz gedacht, wenn es nicht gar eine Verfehlung des Themas

10 Zum Einen scheint uns das Problem in einer teilweisen individualistischen kulturellen Osmose von Neoliberalismus sowie linksliberaler, alternativer bis hin zu ‚linksradikal‘-autonome Szene zu bestehen. Nicht, dass wir zu Ludwig Erhards „[formierter Gesellschaft](#)“, zur fordistischen Fabrikdisziplin und anderen Formen der vor-neoliberalen Homogenisierung zurücksehnen würde. Aber wenn Antifa nicht mehr Angriff heißt, sondern sich auf – wenn auch teils militante – Verteidigung der Angela Merkel des Spätsommers 2015 zu *reduzieren* scheint; wenn Kritik gesellschaftlicher Strukturen durch moralisches Lamento über individuelle Schlechtbehandlung ersetzt wird (vgl. dazu: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/172113>, These 2 - 5 nebst dem Link in FN 3 sowie http://perspektive.nostate.net/files/feminismus_2015_marxismus.mp3, Min. 41:39 - 44:10 und Std. 1:02:45 - 1:04:59), dann scheinen uns die „Waffen der Kritik“ nicht scharf genug gewetzt zu sein.

11 Zum Anderen scheint uns das Problem in etwa in Folgendem zu bestehen:

- Der *mainstream* kann – auch zwischen Neoliberalen und KeynesianistInnen – *argumentativ* darüber streiten, wie die – im Prinzip gemeinsam anerkannten – vier Ecken des [magischen Vierecks](#) aus [Karl Schillers Stabilitätsgesetz](#) (Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, Außenhandelsgleichgewicht und Wirtschaftswachstum) zu gewichten sind bzw. einander – unter gegebenen Bedingungen – beeinflussen; und der *mainstream* kann in diesem *geteilten* Rahmen mit den Versprechen von mehr Sozialleistungen oder weniger Steuern konkurrieren.
- ReformistInnen und RevolutionärInnen können ihrerseits über Symptomlinderung und Ursachenbekämpfung *argumentativ* streiten.
- Aber welche *Argumente* sollten diejenigen, die eine ethnisch und religiös homogene Gesellschaft wollen oder die sich, wenn nicht in die NS-Zeit, dann jedenfalls in die Zeit von Konrad Adenauer und Walter Ulbricht zurücksehnen, davon überzeugen, diesen Willen nicht mehr haben zu wollen?!

darstellt. Aber nehmen wir einmal an, berechnete soziale Anliegen würden durch eine veränderte Steuerpolitik finanziert werden. Was wären dann die sozialen Folgen? Bischoff/Radke schreiben:

„Da die Probleme jetzt anstehen, müssen die Gelder kurzfristig bereitgestellt werden. Da keine Überschüsse im notwendigen Maße zur Verfügung stehen, Ausgabenkürzungen an anderer Stelle nirgendwo in Europa politisch zu vermitteln sind und Steuereinnahmen bestenfalls mittelfristig zur Verfügung stehen, müssen die Ausgaben über Neuverschuldung bestritten werden.

Dies ist ohnehin angemessen, da die zu tätigen Ausgaben überwiegend den Charakter von Investitionen tragen, die typischerweise und generationengerecht durch Kredite vorfinanziert werden. Zudem ist eine starke Anschubfinanzierung oft wirksamer, als den gleichen Betrag stückweise auszahlen. Auch dies spricht für eine Vorfinanzierung durch Kreditaufnahme, die auch durch die derzeit äußerst niedrigen Zinsen unproblematisch ist.“

(http://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/die-linke-neuausrichtung-der-politik/)

„Neuverschuldung“, „Investitionen“, „Anschubfinanzierung“, „niedrige Zinsen“ – mal ehrlich, klingt das wirklich nach ‚linkem Programm‘ oder ist das nichts weiter als eine andere Form der kapitalistischen Wirtschaftsförderung, von der nicht mal sicher ist, dass sie mittel- bis langfristig die materielle Situation der Lohnabhängigen verbessert? Natürlich wäre es denkbar, dass ein größerer Teil des erwirtschafteten Sozialprodukts – durch staatliche Umverteilungsmaßnahmen oder erkämpfte Lohnerhöhungen – dem Konsumfond der Lohnabhängigen zugeführt wird. Und tatsächlich *könnte* dies **bei ihnen** (s. dazu Anhang 4) zu einer erhöhten Nachfrage führen. Gleichzeitig würde aber auch die Profitrate der Unternehmen sinken¹², was wiederum den Reproduktionsfond des Kapitals verkleinert (und/oder den Konsumfonds der KapitalistInnen) und damit – im ersteren Falle – die Konkurrenzsituation gegenüber ‚ausländischen Billigprodukten‘ verschlechtert. Und selbst ein verstärkter Protektionismus (der völlig konträr wäre zur EU-Orientierung des deutschen Großkapitals) könnte nicht verhindern, dass sich die Kapitalanlage dann in andere Länder verlagert.

Wir möchten in diesem Zusammenhang noch einmal an die französische Erfahrung von Anfang der 1980er¹³ erinnern (aus der bisher aber der *eine* Teil der reformistischen Linken nur *neoliberal* und der *andere* Teil der reformistischen Linken *gar nicht* gelernt hat):

„PS und KPF [...] verstaatlichten mit ihrer parlamentarischen Mehrheit, aber ohne Mobilisierung der Massen ein Großteil der französischen Industrie, erhöhten Sozialleistungen und reduzierten die Arbeitszeit. Auch eine ganze Reihe von demokratischen Reformen wurde durchgeführt: ‚Dezentralisierung der Verwaltung, Abschaffung der Allmacht der Präfekten, Einführung der Regionalräte, Abschaffung der Todesstrafe (1981), Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs, Abschaffung bestimmter Sicherheitsgesetze und Reform der Medien.‘ ([Wikipedia](#))

Investitionsstreik, Kapitalflucht und sinkende Devisenreserven erzwangen nach zwei Jahren einen harten Kurswechsel in Richtung Austerität: ‚die französischen Devisenreserven

12 „Eine allgemeine Steigerung der Lohnrate würde auf ein Fallen der allgemeinen Profitrate hinauslaufen“ ([MEW 16](#), 152).

13 Siehe dazu auch: <http://theoriealspraxis.blogspot.de/2015/07/15/nix-gelernt-aus-griechenland-2015-nichts-und-aus-frankreich-198184-nichts-the-lefts-dirty-job/> und <http://www.trend.infopartisan.net/trd0815/t050815.html>.

[halbierten sich] von 1981 bis 1983 auf 30 Milliarden Franc. Frankreich musste seine unter Druck geratene Währung allein stützen, mit seinen Währungsreserven Franc aufkaufen. Als die Devisen zur Neige gingen, blieb nur eine Abwertung des Franc. Gegenüber der D-Mark sank sein Wert in zwei Jahren um 27 Prozent, womit auch der Spielraum der Politik schwand. Zum einen wurden die Importe teurer, was die Inflation befeuerte. Mit der schwindenden Konkurrenzfähigkeit Frankreichs stiegen die Importe um 40 Prozent, das Handelsbilanzdefizit Frankreichs hatte einen historisch einmalig schlechten Wert.¹⁴⁺¹⁵

Man sieht also, eine reine Umverteilungspolitik würde nicht einmal zu einer langfristigen Verbesserung der materiellen Lage im reformerischen Sinne führen (und selbst in der Hochzeit des Sozialstaates kam es ja nicht wirklich zu einer *Umverteilung*; vielmehr war bloß der Anteil der Lohnabhängigen am *Zuwachs* stärker als heutzutage); vielmehr müsste zusammen mit einer solchen Umverteilungspolitik zugleich eine Überwindung der strukturellen Grundlagen der wertbasierten (kapitalistischen) Produktion selbst erfolgreich in Angriff genommen wird. (Kurzfristige Effekte ließen sich allerdings schon erzielen, die sich dann aber kontraproduktiv auf die Kapitalakkumulation auswirken, in deren Rahmen aber – unter gegebenen Bedingungen – auch die allermeisten Lohnabhängigen denken).

Auch Alexis Tsipras erkannte dies – den begrenzten Handlungsspiel auch einer ‚gutwilligen‘ Regierung – im vergangenen Herbst, als er Tucholsky¹⁶ sinngemäß zitierend, sagte er:

„nous savons que gagner les élections ne signifie pas, du jour au lendemain, disposer des leviers du pouvoir“¹⁷ /

„Wir können [...] wissen, dass Wahlen zu gewinnen nicht bedeutet, dass man von einem Tag auf den anderen Zugang zu den Schalthebeln der Macht bekommt.“¹⁸

Und er fügte auch noch hinzu: Der Kampf müsse auch „auf dem Feld der sozialen Kämpfe ausgetragen werden.“ Allerdings sagte er zuvor und wandte so das Argument von Tucholsky gegen seine eigenen linken KritikerInnen¹⁹: „Den Kampf *nur* auf der Ebene der Regierung zu führen, ist nicht genug.“

Die grundlegende Frage scheint uns allerdings zu sein, ob es sich bei *gesellschaftlichen Kämpfen* und *Regierungshandeln* im bürgerlichen, patriarchalen und rassistischen Staat wirklich um ein harmonisches Sowohl-als-auch oder vielmehr um entgegengesetzte Logiken handelt.

14 Ingo Stützle, *Miterrands Albtraum*; <http://www.taz.de/!474542/>.

15 *Der stumme Zwang der Verhältnisse und die juristische Illusion der Politik*. Anmerkungen zum DiEM25-Manifest von Yanis Varoufakis u.a.: <https://de.indymedia.org/node/7909>.

16 „Sie dachten, sie wären an der Macht, dabei waren sie nur an der Regierung.“

17 <http://www.humanite.fr/alexis-tsipras-lausterite-est-une-impasse-580656>.

18 <http://www.transform-network.net/de/blog/blog-2015/news/detail/Blog/alexis-tsipras-austerity-is-a-dead-end.html> / <https://www.neues-deutschland.de/artikel/980098.die-austeritaet-ist-eine-sackgasse.html>.

19 Tsipras Lesart des Tucholsky-Arguments zielt nicht auf eine Kritik der Regierungszustände, sondern mahnt seine KritikerInnen zu mehr Geduld mit dem Bohren in [Max Webers](#) dicken Regierungsbrettern.

Jedenfalls Rosa Luxemburg war – und uns scheint: zu Recht – der Ansicht, daß es allein schon zwischen Parlaments- und Regierungsbeteiligungen einen grundlegenden Unterschied gebe²⁰ (von gesellschaftlichen Kämpfen gar nicht erst zu reden).

Aber noch einmal zurück zum Grundsätzlichen: **Was sind die prinzipiellen Grenzen von Umverteilungspolitik?**

„Es ist eine reine Tautologie zu sagen, daß die Krisen aus Mangel an zahlungsfähiger Konsumtion oder an zahlungsfähigen Konsumenten hervorgehn. [...]. Daß Waren unverkäuflich sind, heißt nichts, als daß sich keine zahlungsfähigen Käufer für sie fanden, also Konsumenten (sei es nun, daß die Waren in letzter Instanz zum Behuf produktiver oder individueller Konsumtion gekauft werden). Will man aber dieser Tautologie einen Schein tiefer Begründung dadurch geben, daß man sagt, die Arbeiterklasse erhalte einen zu geringen Teil ihres eignen Produkts, und dem Übelstand werde mithin abgeholfen, sobald sie größern Anteil davon empfängt, ihr Arbeitslohn folglich wächst, so ist nur zu bemerken, daß die Krisen jedesmal gerade vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt und die Arbeiterklasse realiter größern Anteil an dem für Konsumtion bestimmten Teil des jährlichen Produkts erhält. Jene Periode müßte – von dem Gesichtspunkt dieser Ritter vom gesunden und ‚einfachen‘ (!) Menschenverstand – umgekehrt die Krise entfernen. Es scheint also, daß die kapitalistische Produktion vom guten oder bösen Willen unabhängige Bedingungen einschließt, die jene relative Prosperität der Arbeiterklasse nur momentan zulassen, und zwar immer nur als Sturmvogel einer Krise.“²¹ (MEW 24, 409 f. = MEGA II.13, 382, Zeile 1 - 21)

Wir möchten daher schlussfolgern: Es besteht zwar kein Anlass, sich für Kämpfe um Verteilungsfragen zu fein zu sein; aber auch Erfolge in selbigen bedeuten nur Symptomlinderung, aber nicht Ursachenbekämpfung.²²

Daher möchten wir auch dem Bundesgeschäftsführer der Linkspartei und der Redaktion von *sozialismus.de* empfehlen,

(1.) den Kampf für den Kommunismus – für die kommunistische statt der kapitalistischen Produktionsweise²³ – ins *Zentrum* zu rücken und den Kampf für Reformen (im vor-neolibere-

20 Die Regierung hat „die Ausführung der Gesetze, die *Aktion* zur Aufgabe [...], sie muß in allen ihren Gliedern stets handeln, sie muß deshalb [...] stets einen grundsätzlich gemeinsamen Boden unter den Füßen haben, der ihr das Handeln ermöglicht, den Boden des Bestehenden, mit einem Wort den Boden des bürgerlichen Staates [...]. Ein prinzipieller Gegner des Bestehenden hingegen steht vor der Alternative: entweder auf Schritt und Tritt der bürgerlichen Mehrheit in der Regierung Opposition zu machen, d.h. tatsächlich kein *aktives* Mitglied der Regierung zu sein – ein augenscheinlich unhaltbarer Zustand, der zur Entfernung des sozialistischen Mitgliedes aus der Regierung führen müßte –, oder aber die Sache schließlich mitzumachen, die täglich und stündlich zur Erhaltung und zum Fortlauf der Staatsmaschinerie in jedem Regierungszweig notwendigen Funktionen zu verrichten, d.h. tatsächlich *kein Sozialist*, wenigstens nicht in den Grenzen des Regierungsamtes, zu sein.“ (<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1899/07/taktisch.html> – Hv. i.O.)

21 „Ad notam für etwaige Anhänger der Rodbertusschen Krisentheorie. F.E.“ (FN von Friedrich Engels als Herausgeber des zweiten Bandes des marxischen Kapitals). Zu Rodbertus siehe Anhang 6 (S. 29).

22 „Würden sie [die ArbeiterInnen] in ihren tagtäglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen. Gleichzeitig [...] sollte die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie sollte nicht vergessen, daß sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen; [...]; daß sie Palliativmittel anwendet, die das Übel nicht kurieren.“ (MEW 16, 151 f.)

23 Die Art und Weise, in der Arbeitskräfte und Produktionsmittel zusammenkommen, ist das Charakteristische der jewei-

ralen Sinne, wie man heutzutage betonen muss) – ganz wie es Rosa Luxemburg vorschlug – nur als eines von vielen untergeordneten *Mitteln*²⁴ zu betrachten

und

(2.):

„Statt des konservativen Mottos: ‚*Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!*‘, [...] auf ihr Banner die revolutionäre Losung [zu] schreiben: ‚*Nieder mit dem Lohnsystem!*‘“
([MEW 16](#), 152)

Was könnte es nun für die *heutige* politische Praxis heißen, sich diese Losung auf das Banner zu schreiben – bzw. Produktions- statt Verteilungsfragen ins Zentrum zu rücken –, wo wir es doch einerseits mit einer alles anderen als revolutionären und nicht einmal annähernd vor-vorrevolutionären Situation zu tun haben, und wenn andererseits auch unserer Erachtens nicht auf Reform- und Verteilungskämpfe verzichtet werden kann?

Zuvorderst hieße es, einen anderen Stil der Öffentlichkeitsarbeit (früher wäre gesagt worden: der Agitation & Propaganda) beim Führen von Reform- und Verteilungskämpfen an den Tag zu legen, als es der Linkskeynesianismus üblicherweise tut.

Der Linkskeynesianismus tendiert dahin, die *Machbarkeit* gegenüber den *Schwierigkeiten* der Machbarkeit seiner Vorschläge zu betonen; er tendiert dahin, die Rationalität und vermeintliche Gemeinnützigkeit seiner Vorschläge²⁵ – statt deren Interessen-Gebundenheit – zu betonen; er begibt sich dadurch mit den neoliberalen Parteien in eine Konkurrenz um das Machen der größeren *Versprechen* – statt auf die Mobilisierung in und zu Kämpfen um die Durchsetzung von (diesen oder jenen – entgegengesetzten –) Interessen zu setzen.

Damit ist der Linkskeynesianismus – trotz seiner heutigen marginalen Position dort – Teil des technokratischen *mainstream's* und für ProtestwählerInnen nicht sonderlich attraktiv²⁶.

ligen Produktionsweise: „Welches immer die gesellschaftlichen Formen der Produktion, Arbeiter und Produktionsmittel bleiben stets ihre Faktoren. [...]. Damit überhaupt produziert werde, müssen sie sich verbinden. Die besondere Art und Weise, worin diese Verbindung bewerkstelligt wird, unterscheidet die verschiedenen ökonomischen Epochen der Gesellschaftsstruktur. Im vorliegenden Fall ist die Trennung des freien Arbeiters von seinen Produktionsmitteln der gegebene Ausgangspunkt, und wir haben gesehn, wie und unter welchen Bedingungen beide in der Hand des Kapitalisten vereint werden – [... im] kapitalistischer Produktionsprozeß, [...].“ ([MEW 24](#), 42 = [MEGA II.13, S. 38](#), Zeile 16 - 29)

24 „zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution [ist] ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform *das Mittel*, die soziale Umwälzung aber *der Zweck* ist.“ (<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1899/sozrefrev/vorwort.htm>)

25 Vgl. dagegen: „Auf keinem Fall darf der Marxismus die (der Großbourgeoisie und der Sozialdemokratie gemeinsame) Position einnehmen und die ökonomischen und politischen Probleme in Begriffen der ‚Rationalität‘ und der ‚Irrationalität‘, in Begriffen der logischen Wahl zwischen rationalen ‚Modellen‘ der Gesellschaft statt in Begriffen des Klassenkampfes formulieren.“ (Étienne Balibar, *Soziale Krise und Ideologische Krise*, in: *alternative* H. 118, Feb. 1978, 18 - 23 [22]).

26 Vgl. Franziska Wiethold, *Die Balance des Widerspruchs*. Arbeiterbewußtsein und Krise, in: [Düsseldorfer Debatte](#)

Aber nicht nur die durchschnittlichen ProtestwählerInnen können mit Versprechen wenig anfangen, sondern wollen eine Gegenposition ausdrücken.

Auch Marx und Lenin hatten eine Präferenz für die „bescheidne Magna Charta eines gesetzlich beschränkten Arbeitstags“ statt des „prunkvollen Katalogs der ‚unveräußerlichen Menschenrechte‘“ ([MEW 23](#), 320); für „ganz einfache, ganz klare Beschlüsse und Maßnahmen“ statt „allgemeine Erklärungen, feierliche Versprechungen und pompöse Formeln“ ([LW 33](#), 369 - 375 [372]).

Die Losung „Nieder mit dem Lohnsystem“ auf das Banner zu schreiben – bzw. Produktions- statt Verteilungsfragen ins Zentrum zu rücken – hieße unseres Erachtens, auch bei der Auswahl von Reformforderungen bestimmte Kriterien zu beachten, statt einfach dem Prinzip „Wünsch Dir was“ zu folgen²⁷.

Wir möchten uns insofern dem linken Arbeitsrechtler [Ulrich Mückenberger](#) anschließen, der bereits in den 1970er Jahren in den linkskatholischen/linksozialdemokratischen [Frankfurter Hefte](#)n forderte, „anstelle von Wunschträumen und folgenlosen Appellen [an die staatliche Politik²⁸] die realen und betrieblichen“ – wir würden hinzufügen: (auch ansonsten) gesellschaftlichen und politischen – „Handlungsbedingungen ins Auge zu fassen“²⁹.

Wir würden unsererseits folgende Kriterien vorschlagen:

1. Sind die Forderungen „geeignet, die Initiative und *Selbsttätigkeit* der Ausgebeuteten und Beherrschten zu fördern³⁰?
2. Orientieren sie diese Initiativen auf *reale Machtzentren*? (Um ein Beispiel aus dem Bereich von Mitbestimmungsforderungen zu nehmen: Korporativistisch zusammengesetzte und [Regierung und Gesetzgeber] bloß beratende Wirtschafts- und Sozialräte dürften deut-

[2/1985, 21 - 30](#) [29]): „Man sollte die Widerstände im Bewußtsein der abhängig Beschäftigten ernst nehmen. Das Mißtrauen gegenüber politischen Programmen und Utopien bedeutet auch, dem allzu leichten Weg, den glättenden Versprechungen, dem lauten Optimismus derer zu mißtrauen, die meinen, die Realität mache mutlos, deshalb müsse sie für die Masse geschminkt werden. Der Arbeiterklasse ist in ihrer Geschichte allzu häufig der Untergang des Kapitalismus, ihre Unbesiegbarkeit oder – in der sozialdemokratischen Variante – die friedliche Unterwanderung des Kapitalismus durch Mitbestimmung, Gemeinwirtschaft und staatliche Planung vorausgesagt worden.“ (vgl. auch: dies., *Alles im Griff*. Oder: Die Angst vor dem Zweifel, in: [Düsseldorfer Debatte 8-9/1986, 7 - 19](#) [7 f.]; dies., *Krisen im Alltagsbewusstsein*. Chancen für Die Linke?, in: [LUXEMBURG 1/2010, 96 - 103](#) [100, lit. Sp.: „Enttäuschung bei der Umsetzung alternativer politischer Konzepte“ usw.]

27 Vgl. speziell für den Bereich von Rechtsforderungen: „*Statt einfach nur alle irgendwie nützlich erscheinenden Forderungen und Argumente aufzugreifen*, müßte die Frage vielmehr lauten: ‚wie können unter Bedingungen verrechtlichter Beziehungen‘ – [...] – ‚rechtliche Argumentationen der entpolitizierenden Funktion von Verrechtlichung entgegenarbeiten? Oder: wie können Legalstrategien *Re-Politizierungsprozesse sozialer Konflikte* eröffnen?‘ (Ulrich Mückenberger, [Abschnitt] II., in: Rainer Erd / Ulrich Mückenberger / Friedhelm Hase, *Antikapitalistische Gewerkschaftspolitik als Rechtsprogramm*, in: [Kritische Justiz 1975, 46 - 69](#), [57 - 64 <63>])“ (<http://interkomm.so36.net/archiv/2008-08-30/nse.pdf>, S. 20 – Hv. hinzugefügt)

28 „Politik der ‚Appelle‘, der vorparlamentarischen ‚Lobby‘“ = „Delegation von Aufgaben an Staat und Parteien“ = „Verzicht auf eigenständige Interessensformulierung und Durchsetzung“ (im Absatz vor dem im Haupttext angeführten Zitat).

29 Ulrich Mückenberger, *Recht auf Arbeit* oder *Arbeitsrecht?*, in: *Frankfurter Hefte* 4/1977, 83 - 90 (87).

30 Vgl. [LW 11](#), 55 - 59 (57): „Wir betreiben eine selbständige Politik und machen *nur* solche Reformen zu unserer Lösung, die *unbedingt* im Interesse des revolutionären Kampfes sind, die unbedingt zur Erhöhung der Selbständigkeit, der Bewußtheit und der Kampffähigkeit des Proletariats beitragen.“

lich weniger nützlich sein als Vetorechte von Betriebsräte gegen Unternehmensvorstände und Aufsichtsräte.) [...].

3. Verbessern sie die Informationsbasis³¹ der Ausgebeuteten und Beherrschten? Erleichtern sie ihnen ihre Politik ,in Kenntnis der Sachlage³² weiterzuentwickeln?

4. Verschaffen sie Gegenmachtpositionen, *Stützpunkte für den weiteren Kampf*? Oder schreiben sie ein bestimmtes institutionelles und inhaltliches Arrangement dauerhaft fest?³³

5. Beruhen die Rechtsforderungen auf einer zutreffenden Analyse und Begründung? Vermitteln sie (bzw. der politische Kampf für sie) ein zutreffendes Bild von den Funktionsmechanismen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse? Oder produzieren sie vielmehr Illusionen? [...].

6. Sind sie mit einer klaren Vorstellung über deren Stellenwert und Reichweite verbunden? Oder anders gesagt: Beachten sie den Unterschied zwischen Reform und Revolution³⁴?

(*Warum Globale Soziale Rechte nicht antikapitalistisch sind, aber linke Politik trotzdem Rechtsforderungen braucht*; http://www.trend.infopartisan.net/trd0508/Buko%20GSR-Debatte_KURZ-FIN.pdf, S. 6 – FN hinzugefügt)

Nehmen wir als Beispiel die oben schon angeführte Forderung von Bischoff/Radke nach (höherer) Neuverschuldung:

„Da [...] Steuereinnahmen bestenfalls mittelfristig zur Verfügung stehen, müssen die Ausgaben über Neuverschuldung bestritten werden.“

(http://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/die-linke-neuausrichtung-der-politik/)

- Die Forderung nach mehr Neuverschuldung setzt gerade nicht auf die „Initiative und *Selbsttätigkeit* der Ausgebeuteten und Beherrschten“, sondern verspricht eine – vermeintlich – einfache Lösung durch den Staat; sie wird von Bischoff/Radke – wie am Anfang des gerade angeführten Zitates („Da [...] Steuereinnahmen bestenfalls mittelfristig zur Verfügung stehen“) deutlich wird – nicht einmal als Verteilungskampf, sondern als vermeintliches Mittel zu dessen Vermeidung gesehen.
- Sie zielt damit auch nicht auf „*reale Machtzentren*“, sondern darauf, die Machtfrage bzw. auch nur eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses als überflüssig erscheinen zu lassen. Genau auf die Verschiebung der Kräfteverhältnisse kommt es aber

31 S. dazu: IMFS (Hg.), *Mitbestimmung als Kampfaufgabe*, Pahl-Rugenstein: Köln, 1971, 308: „Offenlegung der Machtprozesse und Machtverhältnisse [...] bedeutet *Erweiterung der Informationsbasis* für die Arbeiterklasse. Ohne dies[e] ist selbst die *Einleitung* realer Kontrolle [auch nur] über *sekundäre* Machtfelder des Kapitals eine Illusion.“ (erste Hv. i.O.; die anderen beiden Hv. und die Einfügungen von uns). Die Verbesserung der Informationsbasis solle auch nicht nur VertreterInnen in Gremien, sondern der Klasse insgesamt zu Gute kommen.

32 vgl. – in anderem Kontext – Louis Althusser, *Philosophie und spontane Philosophie der Wissenschaftler*, in: ders., *Schriften*, Bd. 4 hrsg. von Peter Schöttler / Frieder Otto Wolf, Argument: [West]berlin, 1985, 11 - 150 (117: „statt Wunder zu versprechen, vielmehr einen Kampf ankündigt, der in Kenntnis der Sachlage geführt wird“) (engl. Fassung im internet unter: <http://www.marx2mao.com/Other/PSPS90ii.html>, p. 143: „instead of promising a miracle, it calls for a struggle conducted en connaissance de cause“).

33 vgl. zu Nr. 1. - 4. das von Peter Schöttler, *Friedrich Engels und Karl Kautsky als Kritiker des „Juristen-Sozialismus“*, in: *Demokratie und Recht* 1980, 3 - 25 (24, FN 73) angeführte Zitat.

34 Vgl. LW 22, 182 - 183 (175): „Die Sozialisten [scil.: KommunistInnen] verzichten keineswegs auf den Kampf für die Durchführung von Reformen. [...]. Es ist aber ein bloßer bürgerlicher Betrug, wenn man Reformen predigt für Fragen, die die Geschichte und die ganze politische Situation nur als durch die Revolution zu lösende stempelt.“

an, da erst *dies* dem Staat Handlungsspielräume verschaffen würde bzw. ihn unter Handlungsdruck setzen würde, gegen (Einzel)-Kapitalinteressen zu handeln:

Der „Staat [... ist] alle mal [...] Resultante im Parallelogramm der [gesellschaftlichen] Kräfte [...] die Delegation von Aufgaben an [den] Staat [...] begibt sich [...] der Möglichkeit, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse eigenständig und offensiv dahingehend zu verändern, daß [der] Staat [...] Handlungsspielraum gegenüber der Kapitaleseite zu Veränderungen im Sinne der Beschäftigten rücktgewinn[t].“ (Mückenberger, a.a.O. [FN 29], S. 87)

- Dagegen *könnte* die linkskeynesianistische Forderung nach Erhöhung der „Massenkaufkraft“ zwar aus einer parteilichen Perspektive heraus formuliert werden; auch dies vermeidet der Linkskeynesianismus gerade, in dem er dem Kapital die erhöhte Nachfrage als Vorteil schmackhaft machen möchte.

Dem Kapital kann aber *bestenfalls* egal sein, ob es sich um produktive Nachfrage (für den Produktionsprozeß) oder individuelle Nachfrage (für den privaten Konsum handelt); in letzterem Fall: ob es sich, um privaten Konsum der herrschenden Klassen oder der Lohnabhängigen handelt.

Im realistischen Fall ist dies dem Kapital – wie oben bereits ausgeführt – durchaus *nicht* egal, denn eine Ausweitung der (individuellen) Konsumtion der Lohnabhängigen schränkt die Möglichkeiten des Kapitals zu produktiver und individueller Konsumtion ein – der Kuchen kann nicht zweimal verteilt werden.

Kommen wir nun zu der – von Bischoff/Radke zumindest mittelfristig angesprochenen; von anderen LinksreformistInnen stärker ins Zentrum gerückten – Forderung nach stärkerer steuerlicher Belastung der Reichen und Entlastung der Ärmeren:

- Während auch reformistischen GewerkschafterInnen klar ist, daß Lohnerhöhungen in nicht-homöopathischen Dosen nicht allein durch gut Zureden, sondern nur durch Streiks zu erreichen sind, tendieren reformistische ParteipolitikerInnen dahin, *Kampf* auf *Wahlkampf* + vielleicht noch ein paar Demos zu reduzieren (‚WählerInnen-Stimmen einsammeln und dann die Wunsch-Liste namens Wahlprogramm umsetzen‘ [was dann oft schiefgeht]): Die Reichen haben viel Geld – warum es ihnen nicht durch höhere Steuern wegnehmen, und es für gute Zwecke ausgeben?! Unseres Erachtens hat ein solches Programm *allenfalls* dann Aussicht auf Erfolg, wenn es *nicht* mit dem Gestus der einfachen Machbarkeit / der Vorteile, die es angebliche für ‚alle‘ böte (den Massen mehr Lebensstandard; dem Kapital mehr Nachfrage³⁵), sondern unter Hinweis auf die *Schwierigkeiten* seiner Durchsetzung – un-

35 Siehe zu dieser Illusion bereits den vorhergehenden Aufzählungspunkt sowie außerdem: „Höhere Löhne, so die Argumentationskette, würden zu mehr Nachfrage und zu mehr Beschäftigung führen. Der Wohlstand nehme auf diese Weise allgemein zu. Für alle wäre gesorgt, selbst für die Unternehmer, die nun nicht mehr durch Krisen geschädigt würden. Ein allseitig zufriedenstellender Vollbeschäftigungskapitalismus scheint durch politische Verteilungskorrekturen erreichbar zu sein. Schön! – aber warum hat sich dieser einfache Gedanke nicht so einfach durchgesetzt? Warum ist die Umverteilung von oben nach unten Utopie geblieben, während die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung Gegenteiliges hervorbrachte? Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik argumentiert seit 40 Jahren gegen die wachsende Ungleichverteilung – ohne Erfolg. Was ist schief gelaufen?“ (Guenther Sandleben, *Mit Umverteilen aus der Krise?*; <http://www.rsb4.de/content/view/5782/85/>)

ter Hinweis darauf, daß der wirkliche Kampf erst *nach* dem Wahltag beginnt – propagiert wird. Solche *wirklichen* (und nicht bloß scheinbar) realistischen „Zwischentöne sind kein Krampf im Klassenkampf“³⁶. Zweifel und Schwierigkeiten sollten Ernst genommen und nicht verdrängt werden.³⁷

- Um noch mal das „Verteilungsproblem“ aus ökonomischer Sicht zusammenzufassen: die Vermögensverteilung ist eine Funktion der Produktionsweise, sprich: insofern in erster Linie der Eigentumsverhältnisse. Solange das produktive Kapital sich in Privathand befindet, ist auch die Einkommensverteilung ‚ungleich‘ (denn den Mehrwert – siehe am Anfang, S. 3 – bekommen diejenigen, die die Produktionsmittel *besitzen*, d.h. die produzierten Produkte *verkaufen* und die Einnahmen daraus realisieren); diese Konzentration des Reichtums ist also eine *sekundäre* Wirkung des Privateigentums an Produktionsmitteln, der Tausch gleicher Wertquanta – Lohn gegen Arbeitskraft – bleibt dabei *un*angetastet³⁸. Das heißt wiederum: Der Konzentration des Reichtums kann letztlich nur dann wirksam begegnet werden, wenn die „Primärverteilung“, also die Aufteilung in private KapitaleignerInnen und (produktionsmittelfreie) ArbeitskraftbesitzerInnen angetastet wird. Und das heißt konkret, die Lohnabhängigen müssen die Produktionsbedingungen unter ihre kollektive Kontrolle bringen. Solange dies nicht möglich ist, solange sind zwar ökonomische Abwehrkämpfe weiterhin *notwendig* (und begrenzt erfolgreich *möglich*); sie können aber nur die Symptome lindern, die Heilung an der Wurzel des Übels liegt aber in der Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse hinzu einer auf Kollektiveigentum beruhen, d.h.: kommunistischen, Produktionsweise.

„Fragen wir noch einmal: Warum ist die Umverteilung von oben nach unten eine linke Utopie geblieben? Die Antwort liegt auf der Hand: Die Umverteilungsversuche waren nicht radikal genug, sie haben die primäre Verteilung unverändert gelassen. Die Produktionsverhältnisse wurden nicht angegriffen. Wie sollte unter der Voraussetzung gleichbleibender Produktionsverhältnisse die Einkommensverteilung verändert werden? Das ist unmöglich, denn Produktions- und Einkommensverhältnisse bilden eine innere Einheit. Das bloße Herumdoktern an Einkommensverhältnissen mag gut gemeint sein, bewirkt aber nicht viel.“

Guenther Sandleben, *Mit Umverteilen aus der Krise?*; <http://www.rsb4.de/content/view/5782/85/>

36 Siehe noch einmal, wenn auch in etwas anderem Kontext (aber mit dieser wörtlichen Formulierung): Franziska Wiethold, *Krisen im Alltagsbewusstsein*. Chancen für Die Linke?, in: [LUXEMBURG 1/2010, 96 - 103](#) (103; Schlusssatz).

37 Siehe noch einmal die beiden anderen bereits in FN 26 angeführten Texte von F. Wiethold [s.a. Anhang 5.a) (S. 29)].

38 „[...] die Schulen der Sozialisten, die vor Marx auftraten, [erklärten] die Bereicherung der Kapitalisten zu allermeist als glatte Prellerei, ja als Diebstahl an den Arbeitern, der durch die Dazwischenkunft des Geldes oder durch Mangel an Organisation des Produktionsprozesses ermöglicht werde. Von hier aus kamen jene Sozialisten zu verschiedenen utopischen Plänen, wie man durch Abschaffung des Gelds, durch ‚Organisation der Arbeit‘ und dergleichen mehr die Ausbeutung beseitigen könne. Marx deckt nun im ersten Band des ‚Kapitals‘ die wirkliche Wurzel der kapitalistischen Bereicherung auf. Er befaßt sich weder mit Rechtfertigungsgründen für die Kapitalisten noch mit Anklagen gegen ihre Ungerechtigkeit: [...]. Marx erklärt also die kapitalistische Bereicherung nicht als irgendeine Vergütung des Kapitalisten für eingebildete Opfer und Wohltaten und ebensowenig als Prellerei und Diebstahl im landläufigen Sinne des Wortes, sondern als ein im Sinne des Strafrechts völlig rechtmäßiges Austauschgeschäft zwischen Kapitalisten und Arbeiter, das sich genau nach denselben Gesetzen abwickelt wie jeder andere Warenkauf und Warenverkauf auch. [...]. Er [Marx] hat dargetan, daß die Ausbeutung erst dadurch und lediglich dadurch beseitigt werden kann, daß der Verkauf der Arbeitskraft, will sagen das Lohnsystem, aufgehoben wird [s.o., S. 10 – systemcrash/TaP].“ (Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*. Bd. 4, Dietz: Berlin/DDR, 1974, 291 - 301 [292, 293])

Aber kommen wir zurück zu unseren anderen Kriterien: a) „in Kenntnis der Sachlage“ / „zutreffendes Bild von den Funktionsmechanismen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse“; b) „Gegenmachtpositionen“ und c) „Stellenwert und Reichweite“ / „Unterschied zwischen Reform und Revolution“.

- Auch zu **Punkt a)** müssen wir in Sachen (Links)keynesismus leider Fehlanzeige erstatten.

Die grundlegende These des Keynesianismus – des linken eingeschlossen – lautet: Durch geschickte staatliche Politik ließen sich Krisen – auch unter kapitalistischen Bedingungen – vermeiden, oder doch zumindest, falls etwaige Krisengefahren nicht rechtzeitig erkannt werden, wieder schnell aus der Welt schaffen.

In dieser These ist der Keynesianismus der sog. „klassischen“ (liberalen) ökonomischen Theorie näher, als er sich dünkt: Darin, daß Krisen ein Resultat von Fehlverhalten seien, sind sich beide einig. Allerdings: Während die klassische Theorie meint, am besten halte sich der Staat aus dem Selbstlauf der Ökonomie heraus, sieht der Keynesianismus den Staat gerade als geeignete Korrekturinstanz gegenüber ökonomischen Fehlverhalten an.³⁹

Tatsächlich kann der bürgerliche Staat – auch mit noch soviel Linkskeynesianismus – Krisen aber nicht vermeiden, sondern entweder: nur abschwächen und dadurch in die Länge ziehen; oder aber abkürzen und dadurch bewirken, daß die nächste Krise umso dichter ist (d.h.: umso schneller folgt) und umso tiefer sein wird^{40, 41}.

- Nicht besser sieht es mit **Punkt b)** – den Gegenmachtpositionen – aus: Ein sozial- oder steuerpolitischer gesetzgeberischer Erfolg im Sinne von mehr „Verteilungsgerechtigkeit“ mag die vorherige Eroberung gesellschaftlicher Gegenmachtpositionen voraussetzen, ist aber selbst keine Gegenmachtposition, sondern läßt die Entscheidungsgewalt beim Staatsapparat und macht den Entscheidungsinhalt von dem jeweiligen dortigen politischen Kräfteverhältnis abhängig. Zumindest tendenziell etwas anderes wären gesetzliche Regelungen, die mehr gesellschaftliche Handlungsspielräume für die Lohnabhängigen eröffnen, z.B. die Abschaffung der Pflicht der Betriebsräte zur „vertrauensvoll[en]“ Zusammenarbeit mit der Kapitaleseite zum Zwe-

39 Vgl. Mückenberger, a.a.O. (FN 29), 88: Werden Krisen nämlich „als Ergebnis [...] von ‚Willkür‘ und ‚Fehlverhalten‘ Einzelner mißverstanden, dann liegt der Rückgriff auf [...] den Staat, den ‚starken Mann‘ [...] nahe.“

40 „Der Keynesianismus, der Heilung verspricht, kann praktisch den ganzen Knall nur hinauszögern, der dann um so heftiger sich entlädt, je stärker die keynesianischen Maßnahmen zwischenzeitlich die für die laufende Sanierung des Kapitalbetriebs notwendigen Korrekturen aufgeschoben haben und je voluminöser der nichtprofitable Staatssektor durch die Regulierungspolitik aufgebläht wurde.“ (Paul Mattick zit. n. Thomas Ebermann; <http://konkretmagazin.de/aktuelles/aus-aktuellem-anlass/aus-aktuellem-anlass-beitrag/items/rechte-leute-von-links.html>). S.a.: http://www.guenther-sandleben.de/mediapool/57/574173/data/Sandl_pdf_Vortrag_2015_11.pdf, S. 9 - 11, 19 und 26 – auch wenn uns einige Folien *zwischen* den genannten Seiten und *nach* den genannten Seite eine [u.E. unzutreffende!] zusammenbruchstheoretische Tendenz zu haben scheinen.

41 „Kapitalismus ist untrennbar mit Krisen verbunden, die sich in zyklischer und in anhaltender Arbeitslosigkeit, in der Existenz einer ‚industriellen Reservearmee‘, niederschlagen. [...] rechtliche und staatliche Maßnahmen [können diesen Zusammenhang] nicht lösen, allenfalls in seiner Verlaufsform modifizieren.“ (Mückenberger, a.a.O. [FN 29], 85)

cke des „Wohl[s] der Arbeitnehmer *und des Betriebs*“ ([§ 2 Abs.1 BetrVG](#)) oder ein Verbot von Aussperrung; noch etwas anderes wäre die Besetzung eines Betriebes und dessen Verteidigung gegen die Polizei.

- Kommen wir schließlich zu **Punkt c)**: Der Klarheit über „Stellenwert und Reichweite“ der jeweiligen Forderung bzw. des jeweiligen Kampfzieles und über den „Unterschied zwischen Reform und Revolution“.

Im Erfurter Grundsatzprogramm der Linkspartei heißt es – zwar nicht besonders klar und detailliert, aber immerhin: „DIE LINKE kämpft in einem großen transformatorischen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung für den demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Dieser Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein.“⁴² An zumindest einer Stelle (S. 25) ist nicht nur lose von Kapitalismus, sondern von „kapitalistische[r] Produktionsweise“ die Rede; und auf S. 8 heißt es schließlich (auch wenn dort der Ausdruck „Kapitalismus“ und der Begriff „kapitalistische Produktionsweise“ nicht fallen): „Deutschland ist eine Klassengesellschaft. [...]. Die große Mehrheit der Erwerbstätigen arbeitet als abhängig Beschäftigte. Sie erhalten nur einen Teil der von ihnen geschaffenen Werte als Lohn, den Überschuss eignen sich die Kapitaleigner an.“

Eine Politik, die die „Verteilungsgerechtigkeit“ ins Zentrum rückt, blendet diesen vom Erfurter Programm – wie vage auch immer – angerissenen Horizont von vornherein aus. Von Klarheit über „Stellenwert und Reichweite“ der jeweiligen Forderung und über den „Unterschied zwischen Reform und Revolution“ kann keine Rede sein, denn die Revolution – oder in der zaghaften Sprache des Erfurter Programms: die „Brüche und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe“ – kommen bei der Fokussierung auf Verteilungsgerechtigkeit gar nicht erst vor.

Auch eine Organisation, wie die Linkspartei, die nicht mehr den klassischen Revolutions-Begriff, wie er Marx⁴³, Lenin⁴⁴ und Luxemburg⁴⁵ im Hinblick auf die Pariser *Commune*⁴⁶ vorschwebte, vertritt, müßte sich doch – wenn der im Erfurter Programm eröffnete Horizont nicht nur eine Sonntagsrede sein soll – bei jeder einzelnen Reformforderung fragen, welche Beitrag sie dazu leistet, von den „kleinen“ zu den „großen Reformschritten“ und schließlich zu den „Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe“ (S. 29) zu gelangen. Für diese Frage ist aber kein ausrei-

42 https://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011.pdf, S. 29.

43 „die bürokratisch-militärische Maschinerie [...] zu zerschlagen“ ([MEW 33](#), 205 – Hv. iO.)

44 „Alle früheren Revolutionen haben die Staatsmaschinerie vervollkommenet, man muß sie aber zerschlagen, zerschlagen. Diese Folgerung ist das Hauptsächliche, das Grundlegende in der Lehre des Marxismus vom Staat. Und gerade dieses Grundlegende ist von den herrschenden offiziellen sozialdemokratischen Parteien [...] total vergessen [...] worden.“ ([LW 25](#), 418 f. – Hv. iO.)

45 „Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen – zu Kämpfen und Siegen.“ (<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1918/12/waswill.htm>)

46 „Wenn sie [die Pariser KommunardInnen] unterliegen, so ist nichts daran schuld als ihre ‚Gutmütigkeit‘. [...]. Der richtige Zeitpunkt wurde versäumt aus Gewissenskrupel. Man wollte den Bürgerkrieg nicht eröffnen“ ([MEW 33](#), 205).

chender Platz, wenn das „Zentrum“ der politischen Überlegungen und Praxis von der „Verteilungsgerechtigkeit“ eingenommen wird. (Und auch tatsächlich kommt diese Frage in dem Papier von Bischoff/Radke nicht vor; und wir fürchten, sie kommt auch in dem Papier von Mathias Höhn nicht, das die Erstere leider nur *ohne* Quellenangaben zitiert.)

- Der jetzige Staat ist zwar auch „Resultante“ eines Kräfteparallelogramms (vgl. das von uns auf S. 13 angeführte Mückenberger-Zitat), aber er ist doch – aufgrund seiner organisatorischen Struktur⁴⁷ und seiner finanziellen Abhängigkeit von einer laufenden Wirtschaft – immer auch „bürgerlicher“ Staat. Er kann also nur insoweit gegen Einzelkapital-Interessen verstoßen, wie er insgesamt die Interessen des Gesamtkapitals vertreten muss. Trotzdem wäre es denkbar, dass z.B. bei der Schließung eines strukturell wichtigen Betriebes – und wenn die entsprechende Gegenwehr stattfindet – der Staat im Sinne der Interessen der Lohnabhängigen, sprich der Erhaltung der Arbeitsplätze, handelt. Allerdings hat ja auch der Staat selbst ein Interesse an der Erhaltung der Arbeitsplätze aufgrund finanzieller Erwägungen und aus Gründen der Sicherung des „sozialen Friedens“. Die Gegenwehr der Lohnabhängigen bleibt dadurch von vornherein und insoweit im Rahmen der bürgerlichen Interessen begrenzt. Um diese Begrenzung zu überwinden, die im wesentlichen auf der Dominanz des Bestehenden beruht, müssten die Forderungen so gestellt werden, dass sie an die Grenzen des Kapitalverhältnisses stoßen (z.B. Offenlegung der Bücher des Betriebes, was ja letztlich das Eigentumsrecht in Frage stellt). Diese Art von Forderungen, die – vor allem in trotzkistischer Tradition, der sich nur die eine Hälfte von uns zugehörig fühlt – als „Übergangsforderungen“ bezeichnet werden (Übergang zu einer anderen Produktionsweise)⁴⁸, werden aber vom Linkskeynesianismus nicht aufgestellt. Bei ihm verbleiben alle Regulationsmechanismen im Rahmen der kapitalistischen Möglichkeiten. Dadurch ist auch für die Lohnabhängigen die strukturelle Differenz von „reformerischen“ und „revolutionären“ Lösungen nicht erkennbar und Positionen einer „Gegenmacht“⁴⁹ können nicht eingenommen werden.

47 http://aze.blogspot.eu/files/2014/01/aze-demokratie_web-final.pdf, S. 31.

48 Vgl. dazu noch einmal Mückenberger, a.a.O. (FN 29), 88: „Dies fordert mehr als einen positivistischen Umgang mit Arbeitsrecht. Und es fordert auch mehr als die bloße Uminterpretation von Arbeitsrecht in ‚fortschrittlicherem‘ Sinne. Dies fordert, Arbeitsrecht und dessen mögliche Veränderung im Kontext gesellschaftlicher Handlungs- und Veränderungspotentiale zu begreifen, nicht als Zustand, sondern als Prozeß, – mit anderen Worten, Arbeitsrecht in eine **Strategie des ‚Übergangs‘** zu integrieren, die den Betroffenen selber an rechtlich vermittelten Erscheinungen die Konfliktstruktur des Kapitalismus durchsichtig macht, ihnen durch den rechtlichen Rahmen hindurch politisch begründbare Zielfindungs- und Durchsetzungsüberlegungen ermöglicht oder doch erleichtert und ihnen in diesem Prozeß arbeitsrechtliche Normen und Institutionen als entstandene, in Veränderung begriffene und darum auch veränderbare Elemente des gesellschaftlichen Prozesses zugänglich, ‚praktikabel‘, macht.“ (unsere Hv.) Dabei sollte allerdings nicht vergessen werden, dass Recht bei aller Veränderbarkeit – da Abhängigkeit vom jeweiligen politischen Kräfteverhältnis – nicht jenseits der jeweils existierenden, grundlegenden gesellschaftlichen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse sein kann.

49 IMFS, a.a.O. (FN 31), 308 f.: „Der Begriff der Gegenmachtposition trägt dem Antagonismus der Klasseninteressen im Kapitalismus Rechnung und drückt aus, daß es Machtpositionen nicht an sich geben kann, sondern Gegenmachtpositionen immer nur im Verhältnis zum Kapital stehen und begriffen werden können.“ Der Gegenmacht-Begriff solle aber nicht „quantitativ (evolutionär)“ missverstanden werden, denn „Herrschaft ist unteilbar“ und kann nur „qualitativ (revolutionär)“ überwunden werden: Die „herrschende Macht kann nicht Schritt um Schritt abgebaut werden“ – sondern kann nur gebrochen werden, so möchten wir hinzufügen.

Wie würden wir nun selbst die oben (S. 11) genannten sechs Kriterien konkretisieren? Was wären u.E. Forderungen bzw. Kampfziele, die ihnen besser *gerecht* ;-)) würden, als das bloße in Zentrum rücken von „Verteilungsgerechtigkeit“ ;-))?

Wir würden unsererseits sagen: „Übergangsforderungen“ – oder besser gesagt: „-ziele“ – in dem Sinne, daß sie tatsächlich den Bruch *vollziehen*, sind in nicht-revolutionären Situationen für die Agitation (in Spiegelstrich-Form) nicht geeignet.⁵⁰ Auch die Forderung nach „Offenlegung der Bücher“ der Unternehmen gegenüber den Betriebsräten bzw. Betriebsversammlungen wäre heute eine weltfremde Forderung, die sich zur Mobilisierung von Kämpfen in den allermeisten Fällen nicht eignet.

Sehr wohl finden wir aber den Gedanken, der *hinten* dem Konzept der Übergangsforderungen steht, den aber andere auch ohne Bezug auf den Begriff „Übergangsforderungen“ formulieren, richtig:

- „Durchkreuzung der üblichen Manöver, mit denen die Unternehmer [...] jede Eroberung der Lohnabhängigen unterlaufen können“ / „Eigenaktivität und Selbstorganisation der Arbeiterinnen und Arbeiter und der übrigen ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung“ fördern / „nachhaltige Änderung der Kräfteverhältnisse“⁵¹

bzw.

- Kämpfe und Forderungen „gerade nach den Seiten weiterzuentwickeln, die gegenüber einer solchen Reintegrationsstrategie am widerständigsten sind“⁵².

⁵⁰ *Insofern* stimmen wir auch dem Satz von Franziska Wiethold (*Krisen im Alltagsbewusstsein*, a.a.O. [FN 26], 102) zu, daß „[k]onkrete betriebliche, tarifliche Kämpfe [...] nicht vorrangig danach beurteilt werden [können], ob daraus die große gesellschaftspolitische Auseinandersetzung entsteht“. Es bringt nichts, auf stattfindende Kämpfe *in Parolen-Form* Positionen *draufzusatteln*, die argumentativ nicht entwickelt sind (d.h. *unter anderem*, weder den Stand des Kampfes noch den Stand des Bewußtseins der Kämpfenden berücksichtigen). *Sehr wohl* sind wir allerdings der Ansicht, daß die Bezugnahme von Linken – die mindestens Ziele, wie die auf S. 16 zitierten, verfechten – auf stattfindende Kämpfe darauf gerichtet sein sollte, dass diese Kämpfe Kontinuität entwickeln und sich dabei perspektivisch nicht nur gegen den/die einzelnen Anlass/Anlässe, sondern gegen die strukturellen Ursachen wenden.

⁵¹ „In jedem Falle bezwecken Übergangsforderungen die Durchkreuzung der üblichen Manöver, mit denen die Unternehmer vermittelt über den Markt und über ihre Autorität im Betrieb jede Eroberung der Lohnabhängigen unterlaufen können. In jedem Falle bezwecken Übergangsforderungen die Förderung der Eigenaktivität und Selbstorganisation der Arbeiterinnen und Arbeiter und der übrigen ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung, weil nur so eine nachhaltige Änderung der Kräfteverhältnisse und eine rasche Stärkung des Selbstbewusstseins und Weiterentwicklung des Klassenbewusstseins möglich wird.“ (Manuel Kellner, *Die junge Kommunistische Internationale und die Übergangsforderungen*. Heranführen an die Frage der Macht – und: an welche Art von Macht?; http://www.islinke.de/junge_kom.htm)

⁵² „Es geht [...] darum, konkrete Forderungen, an denen sich gesellschaftliche Kämpfe entwickeln, aufzugreifen, in ihrer Ambivalenz bzw. ihren möglichen Eingliederungen in eine modifizierte Herrschaftsstrategie zu analysieren und sie bewußt gerade nach den Seiten weiterzuentwickeln, die gegenüber einer solchen Reintegrationsstrategie am widerständigsten sind. Und dabei, in diesem Prozeß der Entwicklung von Kampfzwecken innerhalb wirklicher Kämpfe, nicht nur die Illusion zu überwinden, es gäbe überhaupt eine alternative Wirtschaftspolitik, solange wesentliche gesellschaftliche und politische Machtstrukturen nicht zerbrochen seien, bzw. ‚Wirtschaftspolitik‘ sei etwas, was ‚die Regierung‘ machen

Der von uns nun schon mehrfach zustimmend zitierte Ulrich Mückenberger nennt in einem weiteren Text als „beispielhaft“ für die von ihm für richtig gehaltene Konzeption den

„Metallarbeiterstreik in Nordwürttemberg-Nordbaden im Oktober 1973, der zum Abschluß des berühmt gewordenen Lohnrahmentarifvertrags II führte. In diesem Tarifvertrag ist erstmalig die Frage der Arbeitsbedingungen – Mindesttaktzeiten bei Fließbandarbeit, Einbezug von Pausenminuten in die Akkordvorgabezeiten – Gegenstand tariflicher Regelung geworden, der Auseinandersetzung darum ist vor allem erstmalig das auf die Arbeitsbedingungen gerichtete Mobilisierungspotential der Lohnabhängigen für eine offizielle Tarifaufeinander- setzung erschlossen worden.“⁵³

Wir teilen unsererseits die Ansicht, daß solche Angriffe auf die „unternehmerische Autonomie“⁵⁴ für die Eroberung von „Gegenmachtpositionen“ und deren Weiterentwicklung in Richtung ‚ArbeiterInnenkontrolle‘⁵⁵ wichtig sind. Uns scheint aber auch, daß Mückenberger – mit seiner starken Präferenz für tarifvertragliche gegenüber gesetzlichen Regelungen⁵⁶ und seiner nicht weiter differenzierten Anti-Parteien-Haltung⁵⁷ – unterschätzte, wie sich unter den Bedingungen von Krise und Neoliberalismus auch die betrieblichen und Tarifverhandlungs-Kampfbedingungen verschlechtern.

Insofern finden wir, daß die Hinwendung der Gewerkschaften zum gesetzlichen Mindestlohn richtig war und vielleicht sollte die gleiche Wendung auch in Sachen Arbeitszeitverkürzung vollzogen werden.

In die gleiche Richtung würden wir sagen, daß auch das Problem des Lohndrucks durch prekarierte Arbeit und staatliche Lohnsubventionen⁵⁸ nicht allein durch betrieblich-tarifvertragliche Kämpfe aus der Welt geschafft werden kann, sondern gesetzliche Änderungen Voraussetzung dafür wären, um wieder mehr betrieblich-tarifvertragliche Kampffähig-

könne, wenn sie nur wolle bzw. das richtige ‚Konzept‘ habe.“ (Frieder Otto Wolf, Ausstieg, *Umgestaltung oder Umwälzung?* Chancen und Illusionen grüner Wirtschaftspolitik; <http://www.inkrit.de/mediadaten/archivargument/DA146/DA146.pdf>, S. 584)

53 Mückenberger, a.a.O. (FN 27), S. 58; vgl. zu dem Tarifvertrag: <http://archiv.labournet.de/diskussion/arbeitsalltag/az/steinkuehlerpause.html>.

54 ebd., 60.

55 ebd., 57.

56 ebd., 58: „Die Forderung nach *tariflicher* Ausweitung der Handlungsspielräume und Kontrollmöglichkeiten der Lohnabhängigen muß strategisch als Kontrapunkt zu derjenigen nach *gesetzlicher* Ausweitung verstanden werden. Sie ist Ausdruck der Enttäuschung sozialreformerischer Illusionen“.

57 Siehe seine Neigung, „Staat und [und anscheinend: *alle*, systemcrash/TaP] Parteien“ (siehe z.B. das Zitat in unserer FN 28) in einem Atemzug zu nennen.

58 „Gerade in der Krise werden die Spielräume zur Umverteilung gering: Wo die Profitraten nicht mehr ausreichen, um das Kapital auf erweiterter Stufenleiter zu reproduzieren, kann der Staat ihm nicht zusätzlich Gelder entziehen. Hier kommt es teilweise gerade zu einer umgekehrten Verteilung: Sozialausgaben und Arbeitsprogramme dienen dann direkt oder indirekt der Profitabilität von Einzelkapitalen. Das zeigt sich an direkten Lohnsubventionen, aber auch an den ‚Working Poor‘, die neben ihren kärglichen Löhnen auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Der Sozialstaat subventioniert damit bestimmte Unternehmen, indem er die Differenz zwischen Lohn und dem zum Leben Notwendigen bezahlt und damit die Lohnkosten für die betroffenen Unternehmen senkt.“ (<http://www.kosmoprolet.org/moloch-und-heilsbringer-zur-geschichte-und-kritik-des-sozialstaats>)

keit zu erlangen. Wichtige Kampfziele wären daher u.E. die künftige lückenlose Durchsetzung des Mindestlohns und dessen Erhöhung auf ein Niveau, das den steigenden Großstadt-Mieten Rechnung trägt⁵⁹, sowie von Unzumutbarkeitskriterien (Bezahlung nicht nur pro Stunde, sondern auch pro Monat [und in dem Zusammenhang auch Arbeitszeit⁶⁰], Wegstrecke zum Arbeitsplatz, ...) hinsichtlich angebotener Arbeit, auf die sich künftig auch ALG II-BezieherInnen berufen können. Bei all solchen Regelungen würde sich immer auch die Frage des betrieblichen Kampfes für die Einhaltung solcher gesetzlicher Regelungen stellen, sodass integraler Bestandteil des Kampfes für solche gesetzlicher Regelungen immer auch das Engagement für kämpferische gewerkschaftliche Organisierung sein müsste.

Das Entsprechende gilt für die praktische Durchsetzung von Mietbegrenzungen, wie heutzutage der sog. „Mietpreisbremse“ oder früher des sog. „Schwarzen Kreises“⁶¹, der in Westberlin bis in die 1980er Jahre hinein galt: Auch hier sollte es nicht auf

- den individuellen Mut,
- die individuellen habituellen Fähigkeiten sowie
- die Rechtsschutzversicherung bzw. eigenen finanziellen Möglichkeiten bzw. Prozeßkostenhilfe und Kenntnis von dieser

ankommen, für deren Einhaltung vor Gericht einen Prozeß führen zu können. Vielmehr sollten kollektive Selbstorganisationsstrukturen der MieterInnen für deren Einhaltung und Absicherung sorgen bzw. zu dieser beitragen.

Auch *nichts gegen* – dem linkskeynesianistischen Konzept nächstliegende Ziele, wie eine Verstärkung der Progression bei der Einkommenssteuer oder der Wiedereinführung der Vermögenssteuer, um damit öffentlichen (nicht: sog. „sozialen“, d.h.: staatlich subventionierten privaten) Wohnungsbau; einen Ausbau schienen-gebundener öffentlicher Verkehrsmittel (bei Rückdrängung des privaten Auto- und Flugzeugverkehrs) und/oder öffentliche, ökologische Energieerzeugung und -verteilung zu finanzieren. Dies müsste aber, da-

59 Vgl. <http://www.rp-online.de/wirtschaft/mindestlohn-lohnt-sich-im-westen-von-deutschland-oft-nicht-aid-1.6060316>.

60 Während die einen massiv (z.T. auch unbezahlt) Überstunden aufgeholt bekommen, werden andere mit Arbeitszeiten abgespeist, die beim gegenwärtigen Lohnniveau nicht existenzsichernd sind.

61 „Seit Anfang der 60er Jahre sollte der Wohnungsmarkt bundesweit liberalisiert werden. Der Deutsche Bundestag nahm am 24. Mai 1960 das Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangsbewirtschaftung und über ein soziales Mietrecht an. Als ‚Schwarzer Kreis‘ wurde ein geographischer Bereich mit einem Wohnraumdefizit von mehr als 3 Prozent und uneingeschränkter Wohnungszwangswirtschaft definiert. ‚Weiß‘ war der Kreis, wenn das Wohnraumdefizit unter drei Prozent gesunken war; hier wurden nach und nach bis 1965 Preisbindungen gelockert, der Kündigungsschutz aufgeweicht. Am 27. November 1968 protestieren Gewerkschaften, Münchner Mieterverein und SPD-Unterbezirk gegen das Vorhaben der Bundesregierung, den ‚schwarzen‘ Kreis in München abzuschaffen. [...]. Die vielfältigen Proteste sind erfolgreich. Erst 1975 wird München als *eine* der letzten Städte in der BRD ‚weißer Kreis‘.“ (<http://protest-muenchen.sub-bavaria.de/artikel/4173> – unsere Hv.; s.a. http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-663-10504-6_52#page-2, S. 802 f.)

mit es den Kriterien der Gegenmacht und der Selbständigkeit entspricht mit zweierlei verbunden sein:

- *Erstens* einer Rücknahme der – seit den 1990er Jahren auf EU-Ebene durchgesetzten – Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen; d.h.: es könnte von vornherein keine nationalstaatliche Strategie sein, sondern müsste auf einer mindestens EU-weiten Koordinierung von Kämpfen beruhen.
- *Zweitens*: Es sollte dabei nicht nur um eine bloße Rückkehr zu dem – auch nicht sonderlich attraktiven – *status quo ante*, vor den neoliberalen Konterreformen gehen, sondern müsste auch mit grundsätzlich neuen Entscheidungskompetenzen für Beschäftigte und NutzerInnen einhergehen.

Wir beanspruchen mit diesen Andeutungen weder, ein umfassendes Programm formuliert zu haben, noch, die Themen ausgewählt zu haben, die aktuell für Kampagnen geeignet sind. Auch liegt es uns fern, der Linkspartei oder den Sozialistischen Studiengruppen (SOST), die die Webseite *sozialismus.de*⁶² betreiben, vorzuwerfen, dass sie das nicht tun, was wir auch nicht auf die Beine gestellt bekommen⁶³; diese Andeutungen sollen nur erklären, warum „Verteilungsgerechtigkeit“ – auch an den *eigenen* Zielen der Linkspartei gemessen – zu wenig ist und zumindest *etwas* illustrieren, was wir uns als Alternative vorstellen.

Kommen wir zum **Resümee**. Der Keynesianismus hat *ein* großes Verdienst: Während die „klassische“ (liberale) und „neoklassische“ (neoliberale) ökonomische Theorie die These vertrat/vertritt, daß sich die Ökonomie / der Markt ‚im Naturzustand‘ in einem Zustand der Harmonie befinde, erkannte Keynes, daß **nicht erst äußere** (d.h. zum Beispiel: staatliche)

62 Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialismus_\(Zeitschrift\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialismus_(Zeitschrift)).

63 Da ein solche Kritik von uns, die wir weder Mitglieder der Linkspartei noch der SOST sind, billig wäre, in dieser FN noch ein kurzes Wort zur „revolutionären Linken“ (oder denjenigen, die beanspruchen, diese zu sein). Ihr (d.h.: dem Spektrum, dem wir uns auch selbst zuzählen) kann es u.E. nur dann gelingen, sich aus der Marginalität und Glaubwürdigkeitskrise herauszuarbeiten, wenn sie

a) ihre Zersplitterung überwindet und sich programmatisch auf revolutionärer Grundlage vereinigt (Methode der Mindeststandards = Essentials)

b) eine klare Positionierung zur stalinistischen Vergangenheit einnimmt (was aber große, auch theoretische, Schwierigkeiten macht, da der Stalinismus nicht ‚von außen‘ über den Marxismus gekommen ist, sondern sich in seiner Mitte entwickelte und da es auch nicht nur an Stalins Machenschaften lag, daß sich die anderen – Lenins Erbe beanspruchenden – Strömungen in der KPdSU und KomIntern nicht durchsetzen konnten)

c) eine sichtbare Präsenz in sozialen Kämpfen einnehmen kann und dort auch eine praktische Nützlichkeit linker Organisation erfahrbar werden lässt. Dies beinhaltet auch die Frage der quantitativen Größe einer Organisation. Von daher ist die Überwindung des „Sektenwesens“ letztlich auch eine Frage von Sein oder Nichtsein für den Bestand und Realisierungsmöglichkeit einer möglichen „Systemalternative“. So lange aber dieser Neugruppierungsprozess (vgl. dazu unseren Text vom Anfang dieses Jahres: *Was wäre dann besser... ..wenn es einen ‚Block revolutionärer Gruppen‘ gäbe?*; <https://linksunten.indymedia.org/de/node/166242>) nicht angegangen wird, so lange müssen kleine Gruppen die dünnen Fäden revolutionärer Theorie (und exemplarischer politischer Praxis) zusammenzuknüpfen versuchen.

Eingriffe in den ‚Naturzustand‘ oder Fehlverhalten der *ökonomischen* AkteurInnen (z.B.: ArbeiterInnen, die höhere Löhne fordern, als sie mit Vollbeschäftigung vereinbar sind) für Krisen verantwortlich sind; vielmehr könne die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhende Ökonomie jederzeit in eine Krise geraten.

Allerdings hielt auch er solche Krisen für einen ‚*Unfall*‘; er hatte aber – anders als die liberale Theorie, die Staatseingriffe in die Ökonomie verteufelt – die Hoffnung, daß sich Krisen durch geschickte Staatseingriffe vermeiden oder zumindest schnell und nachhaltig überwinden und sich dadurch Harmonie herstellen ließen.

| Kriterium | Neoklassik | Keynes | Marx |
|------------------------|--|---|---|
| Gegensatz/ Harmonie | Harmonie Voraussetzung aber: kein Eingriff in den Markt | Harmonie durch Staats-interventionis- mus | Widersprüche zwi- schen Nationen, Klas- sen; Harmonie prinzi- piell ausgeschlossen |

Quelle:

Guenther Sandleben, *Theoriegeschichte der Ökonomie*;

http://www.guenther-sandleben.de/mediapool/57/574173/data/Theoriegeschichte_des_Kapitals.doc

Zu erkennen gilt: Dass *auch Keynes noch zu optimistisch war*⁶⁴.

„Man stellt sich vor, es sei ein Ereignis eingetreten [...]. Alles ist leicht. Man kann, was man will, [...]. Es ist im Grunde genommen die umgekehrte Gegenwart [in der vieles entbehrt wird], [...]. Man muß dagegen die Aufmerksamkeit gewaltsam auf die Gegenwart lenken, so wie sie ist, wenn man sie verändern will. Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens.“

(Antonio Gramsci, *Vom Träumen mit offenen Augen und vom Phantasieren*, in: ders., *Gefängnishefte*, Bd. 5, Argument: Hamburg, 1993, H. 9, § 60, S. 117)

Zum Weiterlesen:

- **2016:** Eiszeit (Schweiz), *Moloch und Heilsbringer*. Zur Geschichte und Kritik des Sozialstaats, in: *Kosmoprolet* #4
<http://www.kosmoprolet.org/moloch-und-heilsbringer-zur-geschichte-und-kritik-des-sozialstaats>
- **2015:** Antifa Kritik & Klassenkampf (Frankfurt am Main), *Der kommende Aufprall*. Auf der Suche nach der Reißleine in Zeiten der Krise
http://akkffm.blogspot.de/images/DerkommendeAufprall_web.pdf

64 Oder, wie es der DGB 1974 (zur Empörung der *Bild*-Zeitung) ausdrückte: „Als ob sich die Widersprüche und Interessengegensätze der kapitalistischen Wirtschaft in friedlicher Partnerschaft auflösen ließen! ... Wer heute von Partnerschaft redet, betreibt das Geschäft der Herrschenden – freilich oft ohne es zu wollen. Harmonie ist etwas für den Gesangverein – nicht dagegen für die kapitalistische Wirtschaft.“ (zit. n. Mückenberger, a.a.O. [FN 27], S. 58)

- **2016:** Kollektiv (Bremen), *Für eine grundlegende Neuausrichtung linksradikaler Politik*. Kritik & Perspektiven um Organisierung und revolutionäre Praxis
<http://lowerclassmag.com/2016/07/fuer-eine-grundlegende-neuausrichtung-linksradikaler-politik/>
- **2012:** Basisgruppe Antifa (Bremen), *Der Klassenkampf und die Kommunist*innen*. Ein Strategievorschlag
<http://basisgruppe-antifa.org/wp/der-klassenkampf-und-die-kommunistinnen-ein-strategievorschlag/>
- **2012:** Sozialistische Initiative Berlin, *Mit Lenin Ums Ganze kämpfen! SIB antwortet Basisgruppe Antifa*
<http://www.trend.infopartisan.net/trd0812/030812.html>
- **2015:** Achim Schill & Detlef Georgia Schulze (Berlin), *Thesen zu einer europäischen revolutionären Programmatik*
<http://www.trend.infopartisan.net/trd0815/t400815.html>

Anhang 1: Produktion und Verteilung – was der heutige *mainstream* sagt

„Im Abgeordnetenhaus fehlt eine Partei, die weiß und dafür sorgt, dass *zunächst erwirtschaftet werden muss, was verteilt werden soll.*“ ([Wolfgang Kubicki](#), Stellvertr. FDP-Bundesvorsitzender – acht Wochen vor der Berliner Abgeordnetenhaus-Wahl im *BZ-Interview* – unsere Hv.)

„Ich hoffe auf mehr Optimismus in der Wirtschaft und Rückbesinnung auf die Erkenntnis, daß *zunächst erwirtschaftet werden muß, was verteilt werden soll.* Unsere Branche braucht nicht noch mehr Regulierungen. Hoffen wir, daß die FDP dem Sozialismus, der inzwischen auch in der Union eingezogen ist, etwas Einhalt gebieten kann.“ – so tönte ein Unternehmer aus der Werbebranche vor der Bundestagswahl 2009⁶⁵.

Selbst Linkspartei-Abgeordneten ist diese Logik nicht fremd: „Wir haben begriffen: *Alles, was verteilt werden soll, muss erst produziert werden.* Deshalb werden wir Start-Up-Unternehmen durch einen besonderen Investitionsfonds fördern.“ ([Rico Gebhardt](#), Fraktionsvorsitzender im sächsischen Landtag, vor der sächsischen Landtagswahl 2014 – unsere Hv.)

Ein Abgeordneter der sozialdemokratischen EU-Parlamentsfraktion hatte es schon 13 Jahre vorher nicht weniger treffend ausgedrückt: „Das wirtschaftspolitische Ziel der [PSE](#)-Fraktion waren und sind nicht einzig und allein die gerechtere Verteilung der Einkommen und des Reichtums sowie der Abbau der Ungleichheiten in der Gesellschaft. Parallel zu diesem Ziel, das im Mittelpunkt unserer Politik steht, erstreben wir nach wie vor auch die Steigerung der Produktion von *Gütern*, denn diese *müssen erst produziert werden, um sie dann gerechter verteilen zu können.* Aus diesen Überlegungen heraus unterstützt die PSE-Fraktion auch konsequent die Vollendung des Binnenmarkts und die Integration der Finanzmärkte in Europa.“ ([MdEP Katiforis](#) – unsere Hv.)

Etwas anders drückte es 1997 der seinerzeitige Bundespräsident [Roman Herzog](#) aus: „Der Verteilungsrahmen darf nicht überzogen werden; [...]. Wer weiterhin in einem Hochlohnland leben will, der muß soweit ihm dies möglich, auch die entsprechende Leistung erbringen.“

Anhang 2: Produktion und Verteilung – was Karl Marx sagte

„Die Produktion greift über, sowohl über sich in der gegensätzlichen Bestimmung der Produktion als über die andren Momente. Von ihr beginnt der Prozeß immer wieder von neu-

⁶⁵ <http://www.horizont.net/medien/nachrichten/-Umfrage-zur-Bundestagswahl-Das-sagt-die-Kommunikationsbranche-zum-Machtwechsel-87539>; vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Horizont_\(Zeitschrift\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Horizont_(Zeitschrift)) und https://de.wikipedia.org/wiki/Ogilvy_%26_Mather – unsere Hv.

em. Daß Austausch und Konsumtion nicht das Übergreifende sein können, ist von selbst klar. Ebenso von der Distribution als Distribution der Produkte. Als **Distribution der Produktionsagenten aber ist sie selbst ein Moment der Produktion. Eine bestimmte Produktion bestimmt also bestimmte Konsumtion, Distribution, Austausch**, die *bestimmten Verhältnisse dieser verschiedenen Momente zueinander*. Allerdings wird auch die Produktion, *in ihrer einseitigen Form*, ihrerseits bestimmt durch die andren Momente. Z.B. wenn der Markt sich ausdehnt, d.h. die Sphäre des Austauschs, wächst die Produktion dem Umfang nach und teilt sich tiefer ab. Mit Veränderung der Distribution ändert sich die Produktion; z.B. mit Konzentration des Kapitals, verschiedener Distribution der Bevölkerung in Stadt und Land etc. Endlich bestimmen die Konsumtionsbedürfnisse die Produktion. Es findet Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Momenten statt.“ (MEW 13, 631 = 42, 34 – *Einleitung zur Kritik der Pol. Ökonomie* [1857]; fette Hv. von uns; kursive Hv. i.O.)

Anhang 3:

Rosa Luxemburg über die ‚Allmählichkeit‘ der Gesellschaftsveränderung und die „gerechte Verteilung“

„Die beiden Bernsteinschen Mittel der sozialistischen Reform: die Genossenschaften und die Gewerkschaften erweisen sich somit als gänzlich unfähig, die kapitalistische *Produktionsweise* umzugestalten. Bernstein ist sich dessen im Grunde genommen auch selbst dunkel bewußt und faßt sie bloß als Mittel auf, den kapitalistischen *Profit* abzuwickeln, und die Arbeiter auf diese Weise zu bereichern. Damit verzichtet er aber selbst auf den Kampf mit der *kapitalistischen Produktionsweise* und richtet die sozialdemokratische Bewegung auf den Kampf gegen die *kapitalistische Verteilung*. Bernstein formuliert auch wiederholt seinen Sozialismus als das Bestreben nach einer ‚gerechten‘, ‚gerechteren‘ (S. 51 seines Buches), ja einer ‚noch gerechteren‘ (**Vorwärts** vom 26. März 1899) Verteilung.

Der nächste Anstoß zur sozialdemokratischen Bewegung wenigstens bei den Volksmassen ist freilich auch die ‚ungerechte‘ Verteilung der kapitalistischen Ordnung. Und indem sie für die Vergesellschaftung der gesamten Wirtschaft kämpft, strebt die Sozialdemokratie dadurch selbstverständlich auch eine ‚gerechte‘ Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums an. Nur richtet sie ihren Kampf, dank der von Marx gewonnenen Einsicht, daß die jeweilige Verteilung bloß eine naturgesetzliche Folge der jeweiligen Produktionsweise ist, nicht auf die Verteilung im *Rahmen* der kapitalistischen Produktion, sondern auf die Aufhebung der Warenproduktion selbst. Mit einem Wort, die Sozialdemokratie will die *sozialistische Verteilung* durch die Beseitigung der *kapitalistischen Produktionsweise* herbeiführen, während das Bernsteinsche Verfahren ein direkt umgekehrtes ist; er will die *kapitalistische Verteilung* bekämpfen und hofft auf diesem Wege allmählich die *sozialistische Produktionsweise* herbeizuführen.

Wie kann aber in diesem Falle die Bernsteinsche sozialistische Reform begründet werden? Durch bestimmte Tendenzen der kapitalistischen Produktion? Keineswegs, denn erstens leugnet er ja diese Tendenzen, und zweitens ist bei ihm nach dem vorher Gesag-

ten die erwünschte Gestaltung der Produktion Ergebnis und nicht Ursache der Verteilung. Die Begründung *seines* Sozialismus kann also keine ökonomische sein. Nachdem er Zweck und Mittel des Sozialismus und damit die ökonomischen Verhältnisse auf den Kopf gestellt hat, *kann* er keine materialistische Begründung für sein Programm geben, *ist er gezwungen*, zu einer idealistischen zu greifen.

„Wozu die Ableitung des Sozialismus aus dem ökonomischen Zwange?“ hören wir ihn sagen. „Wozu die Degradierung der *Einsicht*, des *Rechtsbewußtseins*, des *Willens* der Menschen?“ (**Vorwärts** vom 26. März 1899). Die Bernsteinsche gerechtere Verteilung soll also kraft des freien, nicht im Dienste der wirtschaftlichen Notwendigkeit wirkenden Willens der Menschen oder, genauer, da der Wille selbst bloß ein Instrument ist, kraft der Einsicht in die Gerechtigkeit, kurz, kraft der *Gerechtigkeitsidee* verwirklicht werden.

Da sind wir glücklich bei dem Prinzip der Gerechtigkeit angelangt, bei diesem alten, seit Jahrtausenden von allen Weltverbesserern in Ermangelung sicherer geschichtlicher Beförderungsmittel gerittenen Renner, bei der klapprigen Rosinante, auf der alle Don Quichottes der Geschichte zur großen Weltreform hinausritten, um schließlich nichts andres heimzubringen als ein blaues Auge.

Das Verhältnis von arm und reich als gesellschaftliche Grundlage des Sozialismus, das ‚Prinzip‘ der Genossenschaftlichkeit als sein Inhalt, die ‚gerechtere Verteilung‘ als sein Zweck und die Idee der Gerechtigkeit als seine einzige geschichtliche Legitimation – mit wieviel mehr Kraft, mit wieviel mehr Geist, mit wieviel mehr Glanz vertrat Weitling vor mehr als 50 Jahren *diese Sorte* von Sozialismus! Allerdings kannte der geniale Schneider den wissenschaftlichen Sozialismus noch nicht. Und wenn heute, nach einem halben Jahrhundert, seine von Marx und Engels in kleine Fetzen zerzauste Auffassung glücklich wieder zusammengeflickt und dem deutschen Proletariat als letztes Wort der Wissenschaft angeboten wird, so gehört dazu allenfalls auch ein Schneider ... aber kein genialer.“ (<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1899/sozrefrev/kap2-2.htm> – Hv. i.O.)

Anhang 4:

Wissen ‚die Reichen‘ nicht, wohin mit dem Geld? Gibt es ‚zuviel‘ Geld und zu wenig profitable Anlagemöglichkeiten?

Zu beachten ist, daß sich durch eine Änderung der *Verteilung* der Einkommen auf die verschiedenen Klassen die *Gesamthöhe* der Nachfrage im Grundsatz nicht verändert (s. S. 7, 13: bei einer gegebenen Menge, die verteilt werden kann, bedeutet ein größerer Anteil des produzierten Wertes in den Taschen der Lohnabhängigen, entsprechend weniger in den Taschen der KapitalistInnen [sei es zum Investieren, sei es zum Konsumieren]). Einen Einfluss auf die Höhe der Nachfrage hat eine andere Verteilung der Einkommen nur dann, wenn es in verschiedenen Teilen der Bevölkerung unterschiedlich hohe Sparquoten gibt und andere Teile der Bevölkerung das (nach Umverteilung ggf. zusätzlich) Ersparte nicht als Kredite nachfragen.

Zwar erscheint auf den ersten Blick das linkskeynesianistische Argument plausibel, daß

GeringverdienerInnen mehr unerfüllte Bedürfnisse haben als Reiche und dass deshalb die Sparquote unter Ersteren niedriger sei als unter Letzteren bzw. Erstere zusätzliches Geld eher ausgeben müssten als Letztere (was auf das Gleiche hinausläuft). Zwar ist zutreffend, dass auch jedeR MilliardärIn nur auf einer Yacht gleichzeitig sein kann; trotzdem mag es aber nett sein, in der Nähe eines jeden Flughafens eine Yacht liegen und eine Nobelkarosse stehen zu haben. Was wir sagen wollen: Letztlich fehlt es auch sehr reichen Leute nicht an Konsummöglichkeiten.

Außerdem kommt prinzipiell immer in Betracht, zusätzliche Einnahmen in die produktive Konsumtion (also die Erweiterung der Produktion) zustecken. Nun lautet das bekannte linkskeynesianistische Gegenargument, daß es an produktiven Anlagemöglichkeiten fehle (und manche MarxistInnen springen dieser These unter Hinweis auf das von Marx behauptete „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“ bei).

Allerdings wurden vor der Krise 2008 ff. die neuen, riskanten Anlageformen nicht etwa deshalb entwickelt, weil einige Leute angeblich ‚zuviel‘ Geld hatten und nicht wussten, wohin damit, sondern weil Geld für neue Investitionen *mobilisiert* werden musste:

„Die Sturm- und Drangperiode des Kapitals änderte auch den Finanzsektor, räumte dort die Barrieren fort, die einer beschleunigten Kapitalakkumulation im Wege standen. Die Liberalisierung der Finanzmärkte, deren Höhepunkt in die Amtszeit des US-Notenbankpräsidenten Alan Greenspan fiel, erfüllte die Wünsche des Industrie- und Handelskapitals nach rascher Expansion des Kreditsystems. Die Finanzierung nicht nur durch Bankkredite, sondern vor allem über den Kapitalmarkt war unverzichtbar geworden. [...]. Um das Kreditbedürfnis von Wirtschaft und Staat zu stillen, mussten neue Finanzierungsinstrumente eingesetzt werden. Dies geschah durch Verbriefung und Weiterverkauf von Bankkrediten und durch Finanzderivate (Credit Defaults Swaps).“

(Guenther Sandleben, *Finanzmarktkrise – Mythos und Wirklichkeit*. Wie die ganz reale Wirtschaft die Krise kriegt, BoD: Norderstedt, 2001, 92)

Auch waren die Zinsen vor der Krise *höher* als jetzt, was zeigt, daß jedenfalls damals Kredite *nachgefragt* wurden und nicht, daß Geld wie sauer Bier angeboten wurde⁶⁶ – wie o.g.

66 Vgl. Herbert Steeg, *Was sind die Bedingungen dieser Krise?* Ein Versuch, den Kladderadatsch im Kreditsystem anders zu sehen; http://www.akweb.de/ak_s/ak538/07.htm: „Hätten alle Unternehmen auf dem Markt plötzlich viel überschüssiges Geld, würde die Zahl der Aktien wie der Kredithandel stark zurückgehen.“ / „Ich will Zweifel an der These von den ‚überquellenden Finanzen‘ streuen:

- Als in den 1970ern die Kreditmärkte ‚in Geld schwammen‘, wurden sehr großzügig Kredite an Staaten der ‚3. Welt‘ vergeben. Zu damals niedrigen Zinsen. Anfang der 1980er stiegen dann die Zinsen, Kredite wurden teurer und nicht mehr so leicht vergeben. 1982 brach dann die Schuldenkrise der ‚3. Welt‘ offen aus. Es wurde schwierig für ‚3.-Welt‘-Länder neue Kredite zu bekommen. Ausgerechnet jetzt begann die Börse lebhafter zu werden, und zwei, drei Jahre später entwickelte sich das zu einem atemberaubenden Boom, der immer mehr anwuchs und fast 20 Jahre andauerte. Spricht das für die Theorie vom ‚überschüssigen Geld‘?
- Weshalb sollte eine ausgefuchste Werbebranche mit allen Tricks weltweit versuchen, den letzten Malocher dazu zu bewegen, seinen Sparstrumpf zur Börse zu tragen, wenn das gesellschaftliche Problem darin besteht, dass es zu viel Kredit gibt?
- Ziel der neuen Papiere – der ‚Swaps‘ – ist es, den Kreditrahmen der Banken auszuweiten. Nun wird viel über die Spekulation mit diesen Swaps und ihre Gefahren gemosert. Wie gewagt sie sein mögen – es gäbe sie nicht, wäre da nicht ein dringendes Bedürfnis der Banken vorhanden gewesen. Banken mit ‚zu viel Geld‘ sind heilfroh, wenn sie dieses ausleihen können, die brauchen keine Swaps zu erfinden.
- Wie ist die Meinung des Direktors des internationalen Währungsfonds (IWF), Dominique Strauss-Kahn, einzuschätzen: ‚Im Mittelpunkt dieser Krise steht die Tatsache, dass das Finanzsystem insgesamt zu wenig Kapital hat? Wobei er mit Kapital sicher Kredit meint.‘“

linkskeynesianistische These aber suggeriert. Und jetzt sind die niedrigen Zinsen jedenfalls zu einem erheblichen Teil von der entsprechenden Politik der Zentralbanken und *nicht* von einem (nunmehrigen) Fehlen profitabler Anlagemöglichkeiten bedingt.

Trotz der niedrigen Zinsen kann mit Aktien weiterhin Geld verdienen werden – sowohl in Form von Dividenden als auch in Form von Kursgewinnen. Der DAX lag vor der 2000er und 2008er Krise jeweils bei (bis dahin) Höchstpunkten von ca. 7.500 Indexpunkten; im Moment liegt er bei über 10.000 Indexpunkten (<http://www.finanzen.net/index/DAX> ([in der Graphik auf „Maximal“ klicken]).

- Die „Arbeitnehmerentgelte“ sind in Deutschland von 2000 - 2015 von 1,1 Billionen auf 1,5 Billionen gestiegen (also um weniger als 50 %);
- die Unternehmens- und Vermögensgewinne dagegen im gleichen Zeitraum viel rasanter von 0,4 auf 0,7 Billionen (also um fast 100 %).
- Das (geringe) Sinken der Letzteren im Jahre 2000 war bereits 2001 wieder mehr als ausgeglichen.
- Das (starke) Sinken der Letzteren in 2008/09 wurde durch die Steigerungen 2010/11 mehr als ausgeglichen.
- Das (relativ geringe) Sinken der Letzteren in 2012 wurde durch die Steigerungen in 2013/14 mehr als ausgeglichen.
- Der Zuwachs der Letzteren in 2015 lag über dem Durchschnitt des jährlichen Zuwachses der Letzteren in 2000 bis 2015 (Quelle für die vorstehenden Zahlen und nebenstehende Tabelle: Statistisches Bundesamt, [Fachserie 18, Reihe 1.4, 2015](#), S. 46).

| Jahr | Volkseinkommen | | |
|------|----------------|--------------------------------|---|
| | insgesamt | Arbeitnehmerentgelt (Inländer) | Unternehmens- und Vermögenseinkommen (Sp.1-2) |
| | 1 | 2 | 3 |

Mrd. EUR

| | | | |
|------|-----------|-----------|---------|
| 2000 | 1 554,902 | 1 117,389 | 437,513 |
| 2001 | 1 596,845 | 1 134,328 | 462,517 |
| 2002 | 1 606,653 | 1 141,857 | 464,796 |
| 2003 | 1 612,682 | 1 143,602 | 469,080 |
| 2004 | 1 692,538 | 1 146,147 | 546,391 |
| 2005 | 1 716,842 | 1 144,015 | 572,827 |
| 2006 | 1 811,122 | 1 164,375 | 646,747 |
| 2007 | 1 882,314 | 1 197,187 | 685,127 |
| 2008 | 1 896,907 | 1 241,646 | 655,261 |
| 2009 | 1 821,545 | 1 246,674 | 574,871 |
| 2010 | 1 923,214 | 1 283,805 | 639,409 |
| 2011 | 2 028,086 | 1 339,727 | 688,359 |
| 2012 | 2 054,548 | 1 391,204 | 663,344 |
| 2013 | 2 107,767 | 1 430,040 | 677,727 |
| 2014 | 2 179,538 | 1 485,450 | 694,088 |
| 2015 | 2 263,202 | 1 539,852 | 723,350 |

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

| | | | |
|------|-------|-------|--------|
| 2000 | 2,3 | 3,9 | - 1,5 |
| 2001 | 2,7 | 1,5 | 5,7 |
| 2002 | 0,6 | 0,7 | 0,5 |
| 2003 | 0,4 | 0,2 | 0,9 |
| 2004 | 5,0 | 0,2 | 16,5 |
| 2005 | 1,4 | - 0,2 | 4,8 |
| 2006 | 5,5 | 1,8 | 12,9 |
| 2007 | 3,9 | 2,8 | 5,9 |
| 2008 | 0,8 | 3,7 | - 4,4 |
| 2009 | - 4,0 | 0,4 | - 12,3 |
| 2010 | 5,6 | 3,0 | 11,2 |
| 2011 | 5,5 | 4,4 | 7,7 |
| 2012 | 1,3 | 3,8 | - 3,6 |
| 2013 | 2,6 | 2,8 | 2,2 |
| 2014 | 3,4 | 3,9 | 2,4 |
| 2015 | 3,8 | 3,7 | 4,2 |

Zwar gehen *einzelne* KapitalistInnen in der Krise Pleite, andere machen *weniger* Gewinne; aber von der berühmten „strukturellen Krise“ *des* Kapitalismus als Ganzes kann unserer

Überzeugung nach nicht die Rede sein.

Die kapitalistische Produktionsweise ist zwar strukturell krisenhaft – d.h.: es kommt zyklisch *immer wieder* zu Krisen; aber *als Struktur*, d.h.: als Herrschaft und Profitabilität des Kapitals als Ganzes – befindet sich die kapitalistische Produktionsweise weiterhin *nicht* in der Krise, sondern ziemlich fest im Sattel.

Anhang 5:

a) Franziska Wiethold: Analyse und Diskussion statt Zweckoptimismus

„der Drang nach Sicherheit verführt dazu, notwendige analytische Schritte und Diskussionsphase zu überspringen.⁶⁷ Das Problem ist nicht neu. Die Arbeiterbewegung hat eine lange Tradition mit falschen, zweckoptimistischen Prognosen, die Mut machen und eigene Stärke demonstrieren sollen: In der links-sozialdemokratischen Variante wurden immer neue Schleichwege zum Sozialismus durch schrittweises Zurückdrängen des Kapitalismus entdeckt; in der kommunistischen Variante wurde der baldige Verfall des Kapitalismus aufgrund seiner Fäulnis und der nachfolgenden Siege des Sozialismus vorausgesagt. Nachdem diese Prophezeiungen seit fast 100 Jahren überfällig sind, ist es um sie ruhiger geworden. Dafür dienen jetzt die jeweiligen Protestbewegungen als ‚Hoffnungsträger‘, die man in ihren Zielen überhört, um auf sie setzen zu können. (Auch ‚undogmatische‘ Sozialisten tun sich hier hervor.) Man setzt damit auf den Mechanismus der sich selbsterfüllenden Prophezeiung: [...] Marx und Engels [...] Beide hielten wenig von der pädagogischen Haltung des ‚Gut gemeint‘ und des ‚Mut machens‘, sondern bekämpften mit bissiger Schärfe das [...] Bedürfnis, Konflikte zu verharmlosen, Erfolge zu überhöhen und sich von Anpassung an bestehende Machtverhältnisse etwas zu versprechen. [...]. Daß man mit Illusionen vorsichtig umzugehen hätte, weil Enttäuschungen mutlos machen könnten, erschienen ihnen abwegig. [...]. Erst *enttäuschte* Illusionen erlauben *realistische* Hoffnungen. [...].

Der Kapitalismus läßt sich mit [...] Eigendynamik nicht überwinden. In den folgenden Phasen der Stagnation [des Kampfes] rächt sich, wenn die Hoffnungen der Aufbruchphase leichtfertig bestärkt und nicht kritisch reflektiert wurden.“

(Franziska Wiethold, *Alles im Griff*. Oder: Die Angst vor dem Zweifel, in: [Düsseldorfer Debatte 8-9/1986, 7 - 19](#) [7 f., 17] – Hv. i.O.)

67 „Überwiegt das Bedürfnis nach Sicherheit“ – gegenüber der Dialektik als „ständige Überprüfung und Denken in Widersprüchen“ –, „so werden einer Analyse mechanistische Gesetzmäßigkeiten und Prognosen abgezwungen, um entweder die Hoffnung zu befriedigen, daß ein einmal erkannter Mechanismus auch zu steuern sei ([...], ‚Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein‘). Oder es dominiert die Hoffnung in Form eines objektiven Idealismus, daß diese Gesetzmäßigkeiten notwendigerweise zum Sieg führen und damit eine fast mystische Kraft bekommen“ (Wiethold, a.a.O., 13).

b) Rosa Luxemburg: Reflexion der „Kompliziertheit der Aufgaben“ statt Hurra-Stimmung

Weder durch Erzeugung einer revolutionären – noch, so möchten wir hinzufügen, einer reformistischen – „Hurrastimmung, sondern umgekehrt: nur durch Einsicht in den ganzen furchtbaren Ernst, die ganze Kompliziertheit der Aufgaben, aus politischer Reife und geistiger Selbständigkeit, aus kritischer Urteilsfähigkeit der Massen, die von der deutschen Sozialdemokratie unter verschiedensten Vorwänden jahrzehntelang systematisch ertötet wurde, kann die geschichtliche Aktionsfähigkeit des deutschen Proletariats geboren werden.“

Rosa Luxemburg, <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1918/russrev/teil1.htm>

Anhang 6:

Karl Rodbertus

„Karl Rodbertus ([...] 1805 - 1875) [...] gilt als Begründer des Staatssozialismus. Er entwickelte eine Unterkonsumtionstheorie“ ([Wikipedia](#)) „Die relative materielle Verelendung der Arbeiterschaft, ihre zu geringe Kaufkraft, löse periodisch Unterkonsumtionskrisen aus. Als Ausweg schlug R. eine ‚staatssozialistische‘ Lösung vor. Gegen die sich verbreitende individualistische Staats- und Gesellschaftsauffassung setzte R. eine organologische, nach welcher ein über den Partikularinteressen stehender starker Staat die Bedingungen für die harmonische Koexistenz der gesellschaftlichen Klassen schaffen solle. R. trat für staatswirtschaftliche Maßnahmen ein, zunächst – ähnlich vor ihm Robert Owen – für die Einrichtung staatlicher Magazine zur Deponierung und Verteilung der Produkte der volkswirtschaftlichen Arbeit an die Arbeiter, später vertrat er die Idee einer staatlichen Regulierung von Löhnen und Arbeitszeiten. Den Ausgleich zwischen Arbeit, Kapital und Boden bewertete er höher als demokratische Bestrebungen.“ (<https://www.deutsche-biographie.de/gnd118745638.html#ndbcontent>)

Anhang 7:

Der Sozialstaat ist keine Gegenprinzip zum Kapitalismus, sondern dessen – ihn bloß *lindernde* – Ergänzung

„der Sozialstaat [ist] kein Gegenprinzip zum Kapitalismus [...] Sozialpolitik löst das ‚Dauerproblem‘ der Integration in das Lohnarbeitsverhältnis: [...] nicht nur Repression, sondern auch Sozialpolitik [soll] alternative Subsistenzweisen zur Lohnarbeit verhindern [...], Arbeitsmoral in Fleisch und Blut übergeht. (ak 556) Deshalb ist in der sozialpolitischen Gesetzgebung bis heute festgeschrieben, dass eine Voraussetzung für sozialstaatliche Unterstützung die Bereitschaft ist, die Arbeitskraft zu Märkte zu tragen.“ (Ingo Stützle; http://www.akweb.de/ak_s/ak613/44.htm)

Dagegen mag eingewandt werden, dass Zwang zur Lohnarbeit im Kapitalismus und selbst in der sozialistischen Übergangsgesellschaft (grundsätzliche Koppelung von Konsum an Arbeit) unvermeidlich sei, aber auch diese Relativierung der vorgenannten These ändern nichts daran, dass der Sozialstaat in der Tat *kein Gegenprinzip* zum Kapitalismus, sondern dessen – mittlerweile ziemlich ramponierte, ihn bloß lindernde – Ergänzung ist.